

Abgeordnetenhaus BERLIN

17. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt

76. Sitzung

25. Mai 2016

Beginn: 11.05 Uhr
Schluss: 13.49 Uhr
Vorsitz: Dr. Manuel Heide (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 17/2887
**Änderungen des Berliner Flächennutzungsplans
(FNP Berlin)**

[0309](#)
StadtUm

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

- | | |
|--|---|
| a) Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 17/2877
Aufgabe gemäß § 7 Abs. 2 Sportförderungsgesetz
der Sportanlage Ballhaus Liniенstraße 121
(Teilfläche – Hofgrundstück) im Bezirk Mitte | 0307
StadtUm
Haupt
Sport(f) |
| b) Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 17/2878
Aufgabe einer Sporthalle gemäß § 7 Abs. 2
Sportförderungsgesetz für eine
Schulplatzerweiterung und der Schaffung eines
Mehrzweckraumes/ Speisenraumes für die
Grundschule im Hasengrund, Charlottenstr. 19,
13156 Berlin | 0308
StadtUm
Haupt
Sport(f) |

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Wir kommen zu

Punkt 4 der Tagesordnung

- | | |
|--|--------------------------------------|
| a) Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 17/2811
Bürgerleitlinien und die Prozessempfehlung 2016 für
die Berliner Mitte | 0301
StadtUm(f)
BauVerk |
| b) Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 17/2193
Dialogprozess Berliner Mitte transparent und
verbindlich gestalten | 0238
StadtUm
Haupt |

Hierzu: Anhörung

Zu unserer Anhörung begrüße ich Herrn Dr. Goebel, stellvertretender Vorsitzender des Bürgerforums e. V., Herrn Prof. Dr. Kaschuba, Professor im Ruhestand der Humboldt-Universität zu Berlin, Herrn Richter, Mitglied des Vorstandes der Stiftung Zukunft Berlin, Frau Riedel, Geschäftsführerin der ZebraLog GmbH, und Frau Dr. Sich von der Initiative Offene Mitte Berlin. Wir würden uns freuen, wenn Sie uns Ihre Positionen kurz vortragen würden. Zwei der Beteiligten waren so freundlich und haben uns vorab eine schriftliche Stellungnahme per E-Mail geschickt. Dieser Tagesordnungspunkt wurde in der 65. Sitzung vertagt, und wir haben bereits eine Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses erhalten. Er stellt uns frei, wie wir uns entscheiden. – Wird das Wort zur Begründung gewünscht, oder wollen wir gleich in die Anhörung einsteigen? – Wir steigen in die Anhörung ein. – Frau Lüscher! Wollen Sie eine kurze Einführung geben, damit jeder weiß, worüber wir hier miteinander debattieren? – Sie haben das Wort, Frau Lüscher!

Staatssekretärin Regula Lüscher (SenStadtUm): Sehr verehrter Herr Vorsitzender! Liebe Abgeordnete! Liebe Anzuhörende! Hintergrund dieser Stadtdebatte ist ein durchaus langjähriger Konflikt zwischen Verfechtern einer historischen Rekonstruktion und Befürwortern eines Freiraumerhaltes an dieser Stelle. Konkreter Anlass für die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, diese Bürgerdebatte durchzuführen, war ein Auftrag aus dem Abgeordnetenhaus, einen Dialogprozess zur Frage der Programmierung der historischen Mitte zu organisieren.

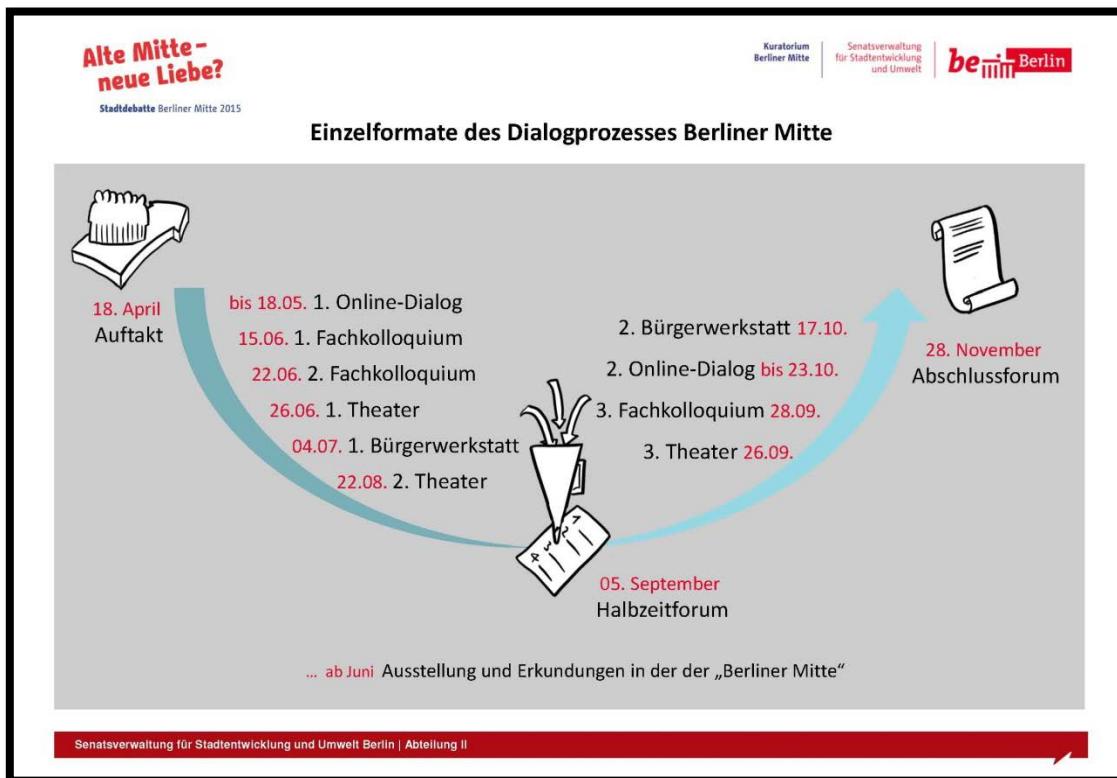


Als Ergebnis kann man sagen, dass diese breite Stadtdebatte diesen erwähnten Konflikt entschärft hat und sich die unterschiedlichen Seiten aufeinander zu bewegt haben. Ein Erfolg ist sicher, dass sich die Beteiligten darauf verständigt haben, diesen Ort erst mal zu programmieren. Das war das Ziel der Debatte. Es ging noch nicht darum, diesen Ort zu gestalten, sondern sich darüber zu verständigen, was dort in Zukunft stattfinden soll.

Grundlage dieser Stadtdebatte war erstens, dass dieser Dialog ergebnisoffen geführt werden soll. Das war eine Herausforderung, nachdem man über Jahre und Jahrzehnte über diese Gestaltung diskutiert hat, und nun sollte dieser Prozess ergebnisoffen geführt werden. Ich glaube, dass uns das gelungen ist. Er sollte natürlich transparent und nachvollziehbar sein für diejenigen, die sich aktiv daran beteiligen, aber für die Bevölkerung und für die Abgeordneten, die am Ende dieser Stadtdebatte, die das Ziel hatte, dass die Bürger Empfehlungen formulieren, da natürlich die Entscheidungen dem Abgeordnetenhaus vorbehalten sind. Wir sind hier in einer repräsentativen Demokratie, und über solche wichtigen Fragen soll dann auch das Abgeordnetenhaus entscheiden.

Die Verknüpfung zwischen den späteren Entscheidenden wurde so durchgeführt, dass die stadtentwicklungspolitischen Sprecher und Sprecherinnen von den verschiedenen Fraktionen aktiv in diesen Prozess eingebunden waren und ein entsprechendes Papier unterschrieben haben, dass sie diesen Prozess offen und transparent begleiten. – Das war der Ausgangspunkt.

Grundlage für diese Offenheit und Transparenz war, dass es gelingen sollte, sehr unterschiedliche Zielgruppen zu erreichen. In der Vergangenheit hat diese Diskussion sehr stark unter Fachleuten, Historikern, Stadtplanern etc. stattgefunden, und es war eher schwierig, Bürger und Bürgerinnen daran zu beteiligen. Um das sicherzustellen, wurde der Dialog so geführt, dass unterschiedliche Formate zum Einsatz kamen, um Bürger und Bürgerinnen verschiedener Altersgruppe, verschiedener Herkunft etc. anzusprechen. Es war natürlich auch Ziel, Menschen anzusprechen, die nicht im unmittelbaren Umfeld leben, sondern die ganze Stadt in diese Diskussion einzubinden.

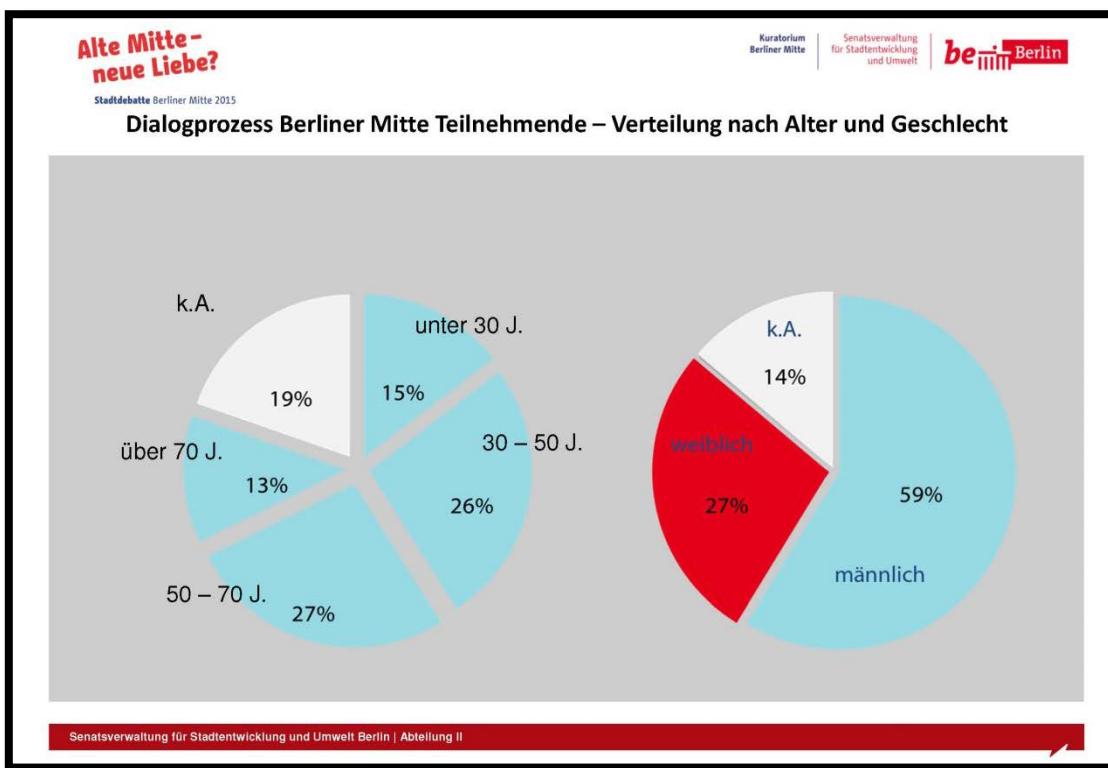


An den unterschiedlichen Formaten können Sie sehen, dass man einen Austausch zwischen diesen Formaten organisieren musste, also dass man sicherstellen musste, dass nicht alle in allen Formaten teilnehmen müssen, sondern sich die Formate auswählen, die ihnen besonders entsprechen. Wir haben neben dem, dass wir ein Kuratorium ins Leben gerufen haben, beschlossen, dass Dialogbotschafter und -botschafterinnen aus der Bürgerschaft bestimmt werden, die jeweils sicherstellen, dass aus einem Format, z. B. dem 1. Fachkolloquium, dem Theater oder den Bürgerwerkstätten ein inhaltlicher Transfer in das Halbzeitformat gelingt und diese Informationen und Stellungnahmen wieder zusammenkommen. 24 Dialogbotschafter und -botschafterinnen haben teilgenommen. Die hatten eine große Verantwortung, haben sich besonders zeitlich gebunden, und dafür möchte ich mich an der Stelle nochmals ganz herzlich bedanken! Als Zweites wurde ein Kuratorium ins Leben gerufen, welches diesen Prozess begleitet hat.



Hier sehen Sie die Zahl der Beteiligung in den unterschiedlichen Formaten. Es ist aber natürlich klar, dass ein solches Bürgerbeteiligungsverfahren niemals repräsentativ sein kann – das wird in der einschlägigen Fachwelt immer wieder so diskutiert. Wesentlich für ein solches Verfahren ist, dass man sicherstellt, dass jeder und jede die Möglichkeit hat, sich an diesem Prozess zu beteiligen. Einer der Gründe, warum wir sehr unterschiedliche Formate gewählt haben, war, unterschiedlichen Zielgruppen die Möglichkeit zu geben, sich an diesem Prozess zu beteiligen.

Rund 90 000 Besucherinnen und Besucher gab es im Onlinedialog, 2 000 Teilnehmende in diesen Dialogformaten, 7 500 Beiträge in den zwei Onlinedialogen, wo man dann wirklich mitdiskutiert, und über 3 200 beteiligte Passanten vor Ort wurden angesprochen. Die 15 Kuratoriumsmitglieder, die aus sehr unterschiedlichen Bereichen stammten, haben diesen Prozess sehr intensiv begleitet. Herr Richter saß zum Beispiel in diesem Kuratorium. Aufgabe der Kuratoriumsmitglieder – auch das wurde in einer kleinen Geschäftsordnung vereinbart – war es sicherzustellen, dass der Prozess transparent und ergebnisoffen durchgeführt wird, und wir haben in vielen Sitzungen, im Durchschnitt alle vier bis sechs Wochen, immer wieder den Prozess diskutiert: Was sind die nächsten Schritte? Wie sind die Formate? –, wir haben sie beurteilt, was man besser machen kann usw. In dem Sinne hat das Kuratorium auch in Zukunft eine ganz wichtige Rolle, gerade weil es aus unterschiedlichen Interessenvertretern zusammengesetzt ist.



Hier noch eine Übersicht zu den evaluierten Beteiligungen: Sie sehen, dass auch in diesem Beteiligungsverfahren der Anteil der Männer größer war. Das ist keine Ausnahme, das ist in vielen Beteiligungsverfahren so. Da gibt es höchstwahrscheinlich noch Verbesserungsmöglichkeiten. Sie sehen auch, dass Alt und Jung bei den Teilnehmern gut gemischt war. Rund ein Drittel der Beteiligten kam aus Mitte und zwei Dritteln aus anderen Bezirken. Wenige Nichtberliner und -berlinerinnen haben sich auch beteiligt, aber der größere Anteil waren Berliner und Berlinerinnen. Wir sind der Meinung, mit zwei Dritteln aus anderen Bezirken haben wir durchaus das Ziel erreicht, dass sich nicht nur Ortsansässige äußern.



Es wurden verschiedene Formate durchgeführt. Bei der Auftaktveranstaltung und den großen Beteiligungsformaten wurde die Anwesenheit des Senators und der zuständigen Staatssekretärin sichergestellt. Ich kann mich erinnern, dass es zum Beispiel zum Thema „repräsentativ, nicht repräsentativ“ im Halbzeitformat eine große Diskussion gab, in der man mal eine Zwischenabstimmung über die ersten 13 Thesen gemacht hat, die formuliert wurden. Es gab eine TED-Abstimmung. Das kann man sehr unterschiedlich beurteilen. Wir haben das im Kuratorium vorher unterschiedlich diskutiert. Es gab eine Mehrheit, die gesagt hat, wir sollten so eine TED-Abstimmung machen. Es gab eine Minderheit, die eher davon abgeraten hat. Das Risiko ist natürlich, dass die Gruppen, die sich scheinbar durchsetzen, das Gefühl haben: Das ist jetzt repräsentativ, und die Entscheidung ist gefallen. – Der Vorteil ist, dass man mal ein Gefühl dafür bekommt, wohin die Reise gehen könnte. Man kann sicher sagen, dass man das in der Zukunft vielleicht etwas kritischer sehen würde, man kann aber auch sagen, dass diese TED-Abstimmung die Stellungnahmen, die in den Onlinedialogen geführt wurden, durchaus unterstützt hat. Es war nicht so, dass in der Onlinedialogserie völlig andere Resultate herausgekommen sind. Es gibt eine Korrelation zwischen dieser TED-Abstimmung und dem allgemeinen Bild, aber ich weiß, dass das ein Thema war, das durchaus diskutiert wurde. Das ist auch richtig. Ein solcher Dialogprozess ist auch immer ein wenig ein Experiment. Man muss Dinge ausprobieren und kritisch hinterfragen, ob sie sich bewährt haben. Ich bin aber der Meinung, dass ein Großteil der anderen Formate sich als sehr geeignet herausgestellt hat.

Wir hatten weitere Formate, Fachkolloquien, Bürgerwerkstätten, Onlinedialoge. In den Bürgerwerkstätten wurde auch gezeichnet und in kleinen Gruppen breit diskutiert. Man hat dann das Diskutierte wieder zusammengeführt und versucht, es gemeinsam zu gewichten bis hin zu Veranstaltungen vor Ort, partizipatives Theater, ein sehr spezielles Format, das aber wiede-

rum sehr viele jüngere Generationen angesprochen hat, auch die Erkundungen und Ausstellungen vor Ort. Das Ziel war also, dass man wirklich auch in den Stadtraum ging.

Resultate dieses Prozesses, der vom 12. Februar bis zum 5. September, bis zum Halbzeitformat, dauerte und von da an bis zum 28. November bis zum Abschlussformat, wurden aufgeführt. Im Halbzeitformat wurden 15 Thesen besprochen, und man hat eingegrenzt, wo eine mehrheitlich positive Zustimmung kam, diese Thesen noch etwas stärker zu vertiefen, sie auszudifferenzieren, was diese Thesen genau bedeuten könnten. Sie kennen diese zehn Leitlinien.

The image shows the cover of a booklet titled 'Bürgerleitlinien für die Berliner Mitte'. The cover features the text 'Alte Mitte - neue Liebe?' at the top left, followed by 'Stadtdebatte Berliner Mitte 2015'. At the top right, there are logos for 'Kuratorium Berliner Mitte', 'Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt', and 'be:innen Berlin'. The main title 'Bürgerleitlinien für die Berliner Mitte' is centered above a list of five points. Each point is preceded by a small icon: a notepad for Leitlinie 1, a person for Leitlinie 2, a person for Leitlinie 3, a person for Leitlinie 4, and a person for Leitlinie 5. The footer of the booklet reads 'Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin | Abteilung II'.

Bürgerleitlinien 1-5

Bürgerleitlinien für die Berliner Mitte

Leitlinie 1 Die Berliner Mitte ist ein Ort für alle, an dem vielfältige Nutzungen möglich sind. Berliner*innen und Besucher*innen können hier abwechslungsreiche und offen zugängliche Angebote nutzen.

Leitlinie 2 Die Geschichte der Berliner Mitte wird zukünftig besser sicht- und erlebbar gemacht. Durch abwechslungsreiche Erinnerungselemente wird die vielfältige und vielschichtige Historie des Ortes verdeutlicht.

Leitlinie 3 Die Berliner Mitte, insbesondere der Platz vor dem Berliner Rathaus, öffnet sich als Ort der Demokratie für politische Debatten.

Leitlinie 4 Die Berliner Mitte ist ein Ort der Kultur und Kreativität. Vielfältige, auch experimentelle Kunstformen ermöglichen abwechslungsreiche Erlebnisse und einen inspirierenden Aufenthalt.

Leitlinie 5 Die Berliner Mitte bleibt ein öffentlicher, grundsätzlich nicht-kommerzieller Ort.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin | Abteilung II

Die ersten fünf Leitlinien sind: Berliner Mitte ist ein Ort für alle mit vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten. Die zweite Leitlinie: Die Geschichte der Berliner Mitte soll in Zukunft an dem Ort sichtbar werden in ihren sehr unterschiedlichen Zeitschichten und auch räumlichen Schichten. Die Berliner Mitte soll auch ein Ort für die politische Debatte sein, insbesondere im Raum vor dem Berliner Rathaus. Die Berliner Mitte ist ein Ort der Kultur und der Kreativität, eine ganz wichtige Formulierung. Sie soll gerade experimentellen Kunstformen den Vorzug geben. Und die Leitlinie 5: Die Berliner Mitte soll ein öffentlicher Ort sein, grundsätzlich öffentlich zugänglich, nicht kommerziell, da kann schon mal ein Café sein, aber nicht diese totale Verkommerialisierung. – Diese fünf Leitlinien sind geradezu übergeordnete Leitlinien, die dieser Zielsetzung einer Programmierung sehr entgegenkommen.

The screenshot shows a page from a booklet titled 'Bürgerleitlinien 6-10'. At the top left is the title 'Alte Mitte - neue Liebe?' and the subtitle 'Stadtdebatte Berliner Mitte 2015'. At the top right are logos for 'Kuratorium Berliner Mitte', 'Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt', and 'be.mn Berlin'. The main content area contains ten numbered guidelines (Leitlinie 6 to Leitlinie 10) describing future planning goals for the Berliner Mitte area.

Bürgerleitlinien 6-10

Leitlinie 6 Die Berliner Mitte dient als „Grüne Oase“ der Erholung, der Nachhaltigkeit und dem Stadtklima. Der heutige Anteil an Grünflächen soll nicht verringert werden. Die Grünflächen werden aufgewertet, ansprechend gestaltet und gepflegt.

Leitlinie 7 Die Berliner Mitte wird verkehrsberuhigt. Sie wird leiser. Auch wird sie zukünftig besser mit den umliegenden Stadtvierteln vernetzt.

Leitlinie 8 In der Berliner Mitte wird die Nähe zum Wasser spürbar. Das Spreeufer wird für den Aufenthalt geöffnet, die Wasserkaskaden am Fernsehturm laden auch zukünftig zum Verweilen ein.

Leitlinie 9 Die Sichtbeziehungen zwischen Fernsehturm und Spree sowie Berliner Rathaus und Marienkirche bleiben erhalten und werden weiterentwickelt.

Leitlinie 10 Die Berliner Mitte wird beständig weiterentwickelt. Durch flexible und temporäre Nutzungen bleibt der Ort zukunftsfähig und dynamisch.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin | Abteilung II

Die Leitlinien sechs bis zehn sind etwas detaillierter, die schon in Richtung Gestaltung und Inhalt stadtplanerische Aspekte behandeln, also nicht nur Programmierung, wobei man sagen kann, dass eine grüne Oase zur Erholung und das Thema Nachhaltigkeit und Stadtklima eine wichtige Rolle gespielt haben. Natürlich ist das auch ein Teil Programmierung, das ist klar. Die Berliner Mitte soll verkehrsberuhigt werden, um die Aufenthaltsqualität zu verbessern und vor allem die umliegenden Stadtviertel viel besser zu vernetzen. Das ist ein eindeutiges Manko, so wurde es von den Bürgern diskutiert. Die Nähe zum Wasser soll eine ganz wichtige Rolle spielen. Das Spreeufer soll mehr Aufenthaltsqualität erhalten, aber auch die Wasserkaskaden am Fernsehturm und der Neptunbrunnen. Das Wasser als Element vor Ort, aber vielleicht auch in transformierter Form als Gestaltungselement wurde sehr begrüßt. Ganz wichtig sind die Sichtbeziehungen zwischen dem Fernsehturm und der Spree, zwischen dem Berliner Rathaus und der Marienkirche. Diese ganz wichtigen Identifikationspunkte sollen erhalten werden, wenn man in Zukunft diesen Ort weiter gestaltet. Die Berliner Mitte soll auch in Zukunft eine gewisse Flexibilität haben und Möglichkeiten geben, dass man dort auch temporäre Nutzungen durchführen kann, sodass dieser Ort weiterhin zukunftsfähig und dynamisch bleibt für eine Zukunft, also nicht alles festgezurrt wird.

The screenshot shows a page from the website 'Alte Mitte - neue Liebe?' for the 'Stadtdebatte Berliner Mitte 2015'. The page is titled 'Thesen, die strittig blieben – Thesen, die überwiegend abgelehnt wurden'.

Thesen aus dem Prozess, die strittig blieben

- These** Die Berliner Mitte soll als Freiraum erhalten bleiben. Sie darf demzufolge nicht bebaut werden.
- These** Die Berliner Mitte soll durch eine Teilbebauung abwechslungsreich gestaltet und in das vorhandene Umfeld integriert werden.
- These** Die Marienkirche soll durch eine Bebauung räumlich gefasst werden. Sie braucht einen gestalteten Vorplatz und muss zur Karl-Liebknecht-Straße besser abgeschirmt werden.

Thesen aus dem Prozess, die überwiegend abgelehnt wurden

- These** Die Freiflächen der Berliner Mitte sollen annäherungsweise komplett bebaut werden. Dabei soll eine ausgewogene Mischung zwischen Wohnbebauung, Gewerbe und Gastronomie sowie Stadtplätzen geschaffen werden.
- These** Die Geschichte der Stadt soll durch eine Komplettbebauung auf dem historischen Stadtgrundriss mit einzelnen Leitbauten nach historischem Vorbild erlebbar gemacht werden.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin | Abteilung II

Es wird auch in der Vorlage dargelegt, welche Thesen aus dem Prozess eher strittig blieben. Das sind primär Thesen – das wundert nicht – zur Gestaltung. Die Berliner Mitte soll als Freiraum erhalten bleiben. Sie darf demzufolge nicht bebaut werden. Die völlige Freihaltung blieb strittig. Die Berliner Mitte soll durch eine Teilbebauung abwechslungsreich gestaltet und in das vorhandene Umfeld integriert werden. Die Marienkirche soll durch eine Bebauung räumlich gefasst werden. Auch diese These blieb strittig.

Überwiegend abgelehnt wurden die Thesen: Die Freifläche der Berliner Mitte soll annäherungsweise komplett bebaut werden. Dabei soll eine ausgewogene Mischung zwischen Wohnbebauung, Gewerbe und Gastronomie geschaffen werden. – Diese These wurde überwiegend abgelehnt. Und die These, dass die Geschichte der Stadt durch eine Komplettbebauung auf dem historischen Stadtgrundriss gezeigt werden soll, was aber nicht bedeutet, dass nicht Geschichte gezeigt werden soll. Da muss man korrekt sein. – So viel zu den Inhalten.

**Alte Mitte –
neue Liebe?**

Stadtdebatte Berliner Mitte 2015

Transparenz: Veranstaltungen, online-Veröffentlichungen und Kuratoriumssitzungen

Alle Veranstaltungen des Dialogprozesses Berliner Mitte waren öffentlich.

Auf der Homepage des Dialogprozesses befinden sich:

Alle Kuratoriumsprotokolle, alle Präsentationen der Veranstaltungen, alle Dokumentationsmaterialien - Pro Format bis zu 100 Seiten plus Bilder und Videos, der Wissensspeicher (alle der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt urheberrechtlich zugänglichen Materialien und Pläne zur Berliner Mitte), wichtige, auch kritische, offene Briefe von Vereinigungen und Verbänden, Informationen zu Projektbeteiligten und Lob/ Kritik der Teilnehmenden.

Kuratoriumssitzungen Berliner Mitte

Vom 3. April 2014 bis heute haben 13 Kuratoriumssitzungen und zwei Arbeitstreffen (24. Januar 2015 Feinkonzept und 21. Mai 2015 Impulsgeber erstes Fachkolloquium) stattgefunden.

Die nächste Kuratoriumssitzung zur Konkretisierung der Prozessempfehlung findet am 27. Juni 2016, 16 bis 18.30 Uhr statt.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin | Abteilung II

Die Veranstaltungen waren immer öffentlich. Der Dialogprozess konnte in allen Teilen auf der Homepage des Dialogprozesses nachverfolgt werden – über Bilder, Videos, Protokolle, sämtliche Resultate, die in den verschiedenen Formaten dargelegt wurden. Aus unserer Sicht war das ein sehr transparenter Prozess. Sie sehen, auch das Kuratorium hat sehr oft und sehr intensiv getagt. An der Stelle möchte ich mich auch bei den Kuratoriumsmitgliedern bedanken, die nach wie vor den Prozess begleiten. Auch dafür bedanke ich mich ganz herzlich!

**Alte Mitte -
neue Liebe?**

Stadtdebatte Berliner Mitte 2015

Kuratorium
Berliner Mitte | Senatsverwaltung
für Stadtentwicklung
und Umwelt | be mit Berlin

Prozessempfehlung zur Berliner Mitte 2016

Wie geht es 2016 weiter?

Das wichtigste Ziel für 2016 ist es, die fachlichen Grundlagen für die zentralen inhaltlichen Fragen der Berliner Mitte zu erarbeiten, die für die weiteren planerischen Entscheidungen, z.B. ein Wettbewerbsverfahren, benötigt werden.

Fachliche Vertiefung mit Gutachten, schwerpunktmäßig zu den Themen „Geschichte“, „Stadtclima“ sowie „Verkehr“

Außerdem:

- Recherche Anmietung von öffentlich nutzbaren Flächen am Rathausforum
- Integration des Themas Platzbespielung im Rahmen des Regionalmanagements Alexanderplatz

Kuratorium wirkt weiter am Prozess mit und berät die Senatsverwaltung

Kommunikation der Ergebnisse der Stadtdebatte

- Ausstellung zu den Bürgerleitlinien, weitere Veranstaltungen ab Herbst 2016
- Regelmäßige Informationen per Newsletter, Twitter u.Ä.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin | Abteilung II

Wie geht es weiter? – Wir werden nun, sofern das Abgeordnetenhaus, dies beschließt, die vom Kuratorium gegebenen Empfehlungen für das weitere Vorgehen – die drei Punkte –, selbstverständlich weiterhin durch das Kuratorium begleiten lassen. Wir werden weiterhin die weiteren Schritte in Form von Newslettern, über Twitter und in Veranstaltungen öffentlich kommunizieren. – Das war es erst mal von meiner Seite. Danke!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank für diese Einführung! – Sie haben das Wort, Herr Dr. Goebel.

Dr. Benedikt Goebel (Bürgerforum Berlin e. V.): Ich möchte mich gern eingangs erkundigen, ob Sie meine Zusendung erhalten haben. Ich habe am Montag per E-Mail einen kurzen Text verschickt, zusammen mit einem dreiseitigen Anhang von Harald Bodenschatz.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Uns ist diese Stellungnahme zugegangen, und jeder hatte die Gelegenheit, sie zur Kenntnis zu nehmen. Wir sind alle EDV-mäßig entsprechend ausgestattet, sodass ich davon ausgehe, dass das geklappt hat. Ich selbst habe das bekommen, sodass ich davon ausgehe, dass die Kollegen das auch bekommen haben.

Bevor Sie mit Ihren Ausführungen beginnen, möchte ich Sie noch über Folgendes informieren: Bei einer Anhörung gibt es bei uns immer ein Wortprotokoll. Ich möchte nur der Vollständigkeit halber erwähnen, dass Ihr gesprochenes Wort für die Nachwelt erhalten bleibt. – Bitte, Herr Dr. Goebel, Sie haben das Wort!

Dr. Benedikt Goebel (Bürgerforum Berlin e. V.): Vielen Dank! – Ich möchte gern meine Kritik an der Bürgerdebatte „Alte Mitte – Neue Liebe“ in fünf Punkte gliedern. Der erste Punkt, der gravierend ist, betrifft die Verengung des Diskussionsprozesses auf den rechteckigen Leerraum unter dem Fernsehturm von 200 x 650 Meter. Es wäre darum gegangen, die gesamte historische Mitte Berlins in der Größe von einem Quadratkilometer, etwa kreisrund, Spreeinsel und Alt-Berlin, in den Blick zu nehmen. Das hätte viele Vorteile gehabt und dazu geführt, dass die Debatte an Schärfe verloren hätte, denn es gibt in den Bereichen Molkenmarkt, Klosterviertel, Breite Straße, Petriplatz viele konsensfähige Orte und Themen. Bei einem großen Freiraum ist es bekanntlich wesentlich strittiger, was dort geschehen soll.

Der Dialogprozess ist angetreten, als gäbe es keine Geschichte vor 2015. Die Nachwendeplanungsgeschichte für diesen Raum ist sehr umfangreich und wurde nicht zur Verfügung gestellt. Aber auch die Planungs- und Baugeschichte der DDR wurde in keinem Punkt zur Verfügung gestellt und den Bürgern vor Augen gehalten. Natürlich war auch die ältere Geschichte, wie beispielsweise die Diktatur der Nationalsozialisten, gänzlich ausgeblendet. Diese Ausblendung alles Geschehenen, Geplanten, Gebauten und Abgebrochenen hat gravierende Nachteile. Wer die Geschichte der Stadtmitte nicht kennt, kann auch nicht beurteilen, ob das für eine Bürgerdebatte zu diesem Ort und seiner Zukunft gravierende Versäumnisse darstellt.

Diese Debatte war extrem expertenfeindlich. Es waren keinerlei Experten mit ihren Kenntnissen und Fähigkeiten eingebunden. Auf dem ersten Expertenforum – in Anführungszeichen – gab es Dreiminutenstatements, aber diese waren absolut unzureichend. Die Experten sollen im Nachhinein befragt werden, und es sollen Gutachten für drei Aspekte dieser Anwohnerleitlinien in Auftrag gegeben werden. Das stellt natürlich die falsche Reihenfolge dar, denn diese Bürgerdebatte hätte dringend einen Input gebraucht. Die Bürgerdebatte hat nur eine verschwindend kleine Minderheit der Berliner erreicht. In einem Antrag an dieses Hohe Haus wurden die Zahlen jetzt ganz konkret genannt und nicht nur 10 000, 20 000 oder 30 000. Wenn man von der Online-Debatte, die eine andere Art der Beteiligung darstellt, absieht, dann waren es nachher teilweise unter 100 Menschen, die sich vor Ort begeben haben. Und auch bei dieser unseligen Sitzung, wo es zu TED-Abstimmungen über ein Stimmungsbild gekommen ist, wurde zwar gesagt, das sei nicht repräsentativ, aber es waren 158 Menschen anwesend. Es wird immer so getan, als hätten die Berliner ihre Meinung zur Zukunft dieses besonderen Orts kundgetan.

Schlusspunkt: Der Prüfstein für den Erfolg oder Misserfolg dieser Debatte ist für uns – die Planungsgruppe „Stadtteil“ im Bürgerforum – die Nichtannäherung der beiden städtebaulichen Lager, nämlich gänzlich freihalten oder weitgehend bebauen. Es gab keinerlei Annäherung, kein wachsendes Verständnis auf beiden Seiten, aber darum wird es in dieser Stadt gehen. Es geht darum, dass auf beiden Seiten sowohl die Kenntnis der Positionen der anderen Seite als auch das Verständnis wächst. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank, Herr Dr. Goebel! – Das Wort hat nun Herr Dr. Kaschuba. – Bitte sehr!

Prof. Dr. Wolfgang Kaschuba: Vielen Dank! – Ich möchte versuchen, in drei Punkten eine etwas optimistischere Sichtweise darzustellen. – Zunächst einmal möchte ich daran erinnern, welch ein spezifischer, historischer und symbolischer Ort die Mitte ist. Ich brauche hier nicht zu erwähnen, welche Kapitel der Geschichte zwischen dem Kaiserreich, den letzten Jahren der DDR und der Gegenwart diese Mitte widerspiegelt. Allerdings möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass keine andere Hauptstadt dieser Welt solche radikalen Umdeutungen und Umnutzungen in ihrer Mitte hatte wie Berlin. Sich im der Zentrum der Hauptstadt ständig neu zu erfinden, markiert das Schicksal der Stadt und das Schicksal Deutschlands in den letzten Jahrzehnten. Das ist einerseits das Archiv, das Kapital der Stadt, gerade auch in dieser Zerrissenheit. Wir haben in der Mitte im Grunde eine offene Archäologie dieser zerrissenen Stadtlandschaft, aber zugleich ist das die Hypothek, denn diese Mitte ist – mit Ausnahme weniger Oasen für Touristen und Anwohner – in vieler Hinsicht auch ein Niemandsland. Die jetzige Bearbeitung dieser Mitte muss bedeuten, ihr eine neue Richtung zu geben und sie in der Tat zu einem Zentrum der offenen Stadtgesellschaft zu machen und zu einem symbolischen Ort, der sie noch nicht ist, umrahmt von Kunst und Kultur und eingezwängt zwischen Kommerz und Tourismus. Eine der wichtigen Aufgaben dieses Planungs- und Entscheidungsprozesses wird sein, die Kommerzialisierung und Touristifizierung der Mitte zu kontrollieren. Das wird entscheidend dafür sein, ob das in der Tat eine Landschaft der Mitte, ein Ort sein kann, an dem man sich trifft, an dem man lebt und verweilt und nicht nur ein Passagerraum. Der Vorschlag enthält einige wichtige Vorstellungen, wie die behutsame Verdichtung, die Nutzung im sozialen Wohnraum, die Erhaltung von Seh- und Sichtachsen und die Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen verschiedenen Plätzen und Orten.

Mein zweiter Punkt betrifft die urbane Öffentlichkeit. Damit möchte ich deutlich signalisieren, dass die Berliner Mitte nicht der Marktplatz einer mittelgroßen Stadt in Deutschland ist, auf dem sich das Jüdische Milieu zu seinem Wein oder Bier trifft, also jene lokale Elite aus Verwaltung und Verbänden, sondern gerade in Berlin ist das eine urbane Mitte, ein Laborraum, eine Bühne für alle Gruppen, also für Anwohner der Zivilgesellschaft, für Touristen und viele andere. Dieser Raum sollte ein Verhandlungsraum sein, in dem die Themen und Probleme der Stadt sichtbar gemacht werden, von der Geschichte bis zur Zukunft und in dem Verhandlungsmöglichkeiten eröffnet werden. – Urban und öffentlich bedeutet vielfältig, niedrigschwellig, attraktiv und zugänglich für alle. – Alle großen Städte diskutieren gegenwärtig über die zentralen Fragen der Kulturalisierung und Politisierung der Stadtentwicklung – Stichwörter Soziale Stadt, kulturelle Angebote, Gentrifizierung, Renaturierung Tempelhof, Neue, Migranten und Flüchtlinge, Einheimische und Touristen. Wie gestaltet sich dieses Verhältnis? Diese Thematik sollte auch auf der Agenda dieses Ortes in der Mitte stehen, denn das ist möglich, weil die Mitte im Unterschied zu anderen großen Städten – sowohl innerhalb als

auch außerhalb Europas – noch nicht ausverkauft ist. Das bedeutet aber auch, dass die Lösung der Mitte nicht primär nur eine bauliche Aufgabe wäre, sondern in hohem Maße auch eine stadtpolitische – sprich die Mitte als Möglichkeitsraum.

Mein letzter Punkt bezieht sich auf die Mitte als Prozess: Das bisherige Verfahren versucht das zumindest. Der Weg ist in gewisser Weise das Ziel. Wir benötigen eine prozessuale Strategie, die konkrete Schritte anbietet, transparente Konzepte entwickelt und integrative Formen anbietet. Dafür sind niedrigschwellige und einladende Räume und Orte notwendig – Stichwort Rotes Rathaus –, die Öffnung für die Stadtgesellschaft – Stichwort Ausläufer des Fernsehturms –, Plätze, Cafés und anderes mehr. Dafür sind die zeitgenössischen Medien und das WLAN notwendig, das in unserer Hauptstadt noch keineswegs selbstverständlich ist. Weiterhin sind Ausstellungsmöglichkeiten, Denkräume sowie eine Screeningwand für Kunst- und Politikprojekte notwendig, aber dazu bedarf es unbedingt einer Art Mitte-Rat, das heißt, eines Organs der Stadtgesellschaft, das diese Mitte organisiert und verwaltet, denn von allein funktioniert das nicht. Dafür sind Haushaltsmittel und nicht nur Projektmittel – auch kein Spielen auf Zeit – notwendig, denn das Konzept der Mitte sollte eine spiralförmige Entwicklung sein, aber nicht so, wie es bisher in der Stadtdebatte formuliert wurde, nämlich, dass die Spirale von weit auf eng gegangen ist, sondern umgekehrt: Die Spirale muss von eng auf weit gehen und sich möglichst weit öffnen, viele einbeziehen und offen für alle sein, sowohl für die Einheimischen, die Anwohner, die Neuen, die Minderheiten als auch für die Flüchtlinge und Initiativen. Dafür braucht es eine kluge Einladungspolitik. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank, Herr Prof. Kaschuba, für Ihre Ausführungen! – Bitte, Herr Richter, Sie haben das Wort!

Stefan Richter (Stiftung Zukunft Berlin): Herzlichen Dank! – Ich möchte mich auf die Prozessempfehlungen konzentrieren und nicht auf die Inhalte. Wir haben die Inhalte unter der Überschrift „Bürgerstadt, Kulturstadt, Verbindung zur Welt“ zusammengefügt, und diese sollten Ihnen zur Verfügung stehen.

Das bisherige Dialogverfahren war aus unserer Sicht ein Fortschritt gegenüber bisher üblichen Beteiligungsverfahren. Es hat wichtige Informationen gebracht und ist als Grundlage für das weitere Vorgehen hilfreich.

Die Ergebnisse des Bürgerdialogs sind notwendig, aber nicht ausreicht als Grundlage für kurz- und mittelfristige Umsetzungsschritte oder die Ausschreibung eines Ideen- oder Planungswettbewerbs, was das Ziel ist. Erforderlich ist ein langer Atem, aber auch die unverzügliche Fortsetzung der Arbeit an der fachlichen und politischen Vertiefung der Themen, die in den Bürgerleitlinien angesprochen worden sind. Bevor das nicht geschehen ist, können keine Umsetzungsschritte oder Ausschreibungen erfolgen.

Was sollte nun geschehen? – Erstens: Das Wesentliche, das man tun muss, um voranzukommen, ist die Etablierung einer integrierten Form einer kooperativen, gemeinsamen Entscheidungsvorbereitung, an der Bürger, Fachleute, Verwaltung und Politiker gleichermaßen kontinuierlich und absolut gleichberechtigt mitwirken. Das hat es bisher nicht gegeben. Erste Inhalte können die Priorisierung und Konkretisierung von notwendigen fachlichen Vertiefungen sowie die Identifizierung erster möglicher Umsetzungsschritte sein. Die Prozessempfehlungen, die die Senatsverwaltung in der Drucksache vorgelegt hat, könnten erste Anregungen

dazu geben. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Prozessempfehlungen nicht vom Abschlussforum empfohlen wurden, wie es fälschlicherweise in Ihrer Drucksache nachzulesen ist. Das sind die Prozessempfehlungen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und der beauftragten Agentur. Nichts darf nach Zuständigkeiten getrennt oder am gültigen Planungsprozess vorbei geplant oder umgesetzt werden. Es darf auch nichts in Verdacht geraten, einseitig beeinflusst oder gar vorentschieden worden zu sein. Es geht darum, eine gemeinsame Entscheidungsvorbereitung zu etablieren.

Zweitens: Sowohl konzeptionelle Fragen als auch Schritte der Umsetzung können in Stufen erarbeitet werden. Wir schlagen also einen Stufenplan vor, und dafür ist es erforderlich, dass die Akteure des kooperativen Prozesses gemeinsam einen konsistenten Stufenplan für die inhaltliche Klärung, die Entscheidung, die Planung und die praktische Umsetzung verabreden. Erste Stufen könnten unter anderem sein, die Bedeutung und Entwicklung der Rathausstraße zu klären, über die langfristige Nutzung der Fußbebauung des Fernsehturms zu entscheiden, die Öffnung des Roten Rathauses für die Bürgerschaft aufzubauen oder in Abstimmung mit der Entwicklung des Humboldt-Forums die Neugestaltung des unmittelbaren Umfelds, inklusive des ehemaligen Marx-Engels-Forums, zu planen, denn das wird 2019 die Koordinaten in diesem Gebiet verschieben.

Drittens: Zukünftig sollte der Dialogprozess neutral und gemeinsam von Zivilgesellschaft und politischen Entscheidern gesteuert werden. Die bisherige Steuerung der Senatsverwaltung und der in diesem Prozess mangelhaft arbeitenden Agentur hat zu inhaltlichen Fehlern und einer schlechten und nicht akzeptablen Organisation des Dialogprozesses geführt. Solche inakzeptable Steuerung wird der Größe der Aufgabe und der Herausforderung nicht gerecht.

Vierter und letzter Punkt – Herr Goebel hatte das eingangs schon beschrieben –: Das Gebiet sollte zukünftig größer gefasst werden. Relevante vorhandene Planungen aus dem Umfeld – Molkenmarkt oder die Tramplanung – müssen unbedingt in den Dialogprozess einbezogen werden. Hier geht es darum, vorhandene Planungen öffentlich zu machen und in den folgenden Dialogprozess einzubeziehen. Es ist nicht ersichtlich, warum das Nikolaiviertel als Pendant zur historischen Mitte formuliert wird. Das gehört selbstverständlich dazu und sollte mit betrachtet werden.

Zusammenfassend empfehle ich Ihnen – erstens – eine kooperative Entscheidungsvorbereitung zu beginnen, ein Forum für die Berliner Mitte. – Zweitens empfehle ich Ihnen einen Stufenplan, um schnell zu ersten Umsetzungsschritten zu gelangen, denn die Koordinaten in diesem Gebiet werden sich spätestens 2019 erheblich verschieben, und darauf sollte die Stadt erste Antworten haben. – Drittens empfehle ich für die Zukunft eine neutrale gemeinsame Steuerung. – Viertens empfehle ich, das Gebiet größer zu fassen, nämlich die anliegenden Quartiere in die Diskussion einzubeziehen. – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank, Herr Richter! – Bitte, Frau Riedel, Sie haben das Wort!

Frau Daniela Riedel (Zebralog GmbH & Co. KG): Guten Tag! – Wir als Geschäftsstelle waren beauftragt, dieses Verfahren mit zu steuern und zu moderieren und Konzeptionen für die Bürgerbeteiligungsformate vorzuschlagen. Das Ganze haben wir regelmäßig mit dem Kuratorium abgestimmt. Unserer Einschätzung nach hat dieses Verfahren die Debatte weiterge-

bracht. Das Ziel, einen offenen Dialog zu führen mit einer breiten Stadtöffentlichkeit und das auch transparent zu dokumentieren, ist erfüllt. Vergleichsweise ist es ein Bürgerbeteiligungsverfahren, das viele Leute mobilisiert hat. Das ist vor allem auf die Formatvielfalt zurückzuführen. Sehr einfache Instrumente, wie das Ansprechen von Passanten über das Theater im öffentlichen Raum oder durch Erkundungen, intensive Diskussionen in Bürgerwerkstätten, Onlinedialogen und Fachkolloquien, sind die andere Säule. Dieses Spektrum an Instrumenten führte dazu, dass wir viele erreicht haben. Es sind Bürger aus allen Stadtteilen vertreten, und zwar ein Drittel aus dem Bezirk Mitte und zwei Drittel aus den übrigen Stadtteilen.

Wir sind bei dessen Vorführung in einem stufenweisen Prozess vorgegangen, wie es Herr Richter vorgeschlagen hatte, wobei wir zwei Phasen konzipiert hatten. Die Ergebnisse führten wir sukzessive zusammen und spielten sie immer wieder zurück. Diese zehn Bürgerleitlinien sind also ein gemeinschaftlich erarbeitetes Ergebnis des Konsenses. Wir haben einen Konsens auf zehn Leitlinien erarbeitet und uns dazu immer wieder ein Feedback aus der Öffentlichkeit geholt. Das ist ein breites Fundament, bei dem es vor allen Dingen um die Programmatik des Ortes geht, also um die Leitziele. Auch ich empfehle, dass diese im nächsten Schritt weiter vertieft werden, und diese Schritte, die fachlichen Vertiefungen sollten sowohl in Gutachten als auch in kleineren Formaten mit einer Fachöffentlichkeit entwickelt werden, aber sie sollten auch wieder zurückgespielt werden. Der angefangene Weg sollte also weitergegangen werden, zumal sich aus dem Verfahren heraus Verantwortliche aus der Bürgerschaft gebildet haben, Dialogbotschafter, die für das Verfahren stehen.

Aus Beteiligungssicht ist es auch wichtig, dass ein Abschluss stattfindet und die Bürgerleitlinien beschlossen werden. Wenn Sie entscheiden, dass Abweichungen davon oder Vertiefungen notwendig sind, dann sollte man das öffentlich sagen und begründen, um den politischen Prozess transparent zurückspielen zu können. Dieses Transparenzgebot in beide Richtungen wahrzunehmen, wäre politisch verantwortlich.

Noch ein kurzer Kommentar zu den Informationen: Es wurden in diesem Verfahren Informationen bereitgestellt. Es gab eine Ausstellung im öffentlichen Raum, einen Spaziergangsplan, in dem Orte und ihre Geschichte dargestellt wurden. Auf der Internetseite stadtdebatteberlin.de gab es eine ausführliche Bibliothek, in der die Dokumente, die veröffentlicht werden dürfen – es geht dabei um Autorenrechte und viele andere Dinge mehr –, zu finden sind, sodass man sich darüber informieren kann. Wir haben auch auf einen direkten Fachaustausch Wert gelegt, wie zum Beispiel anlässlich der Auftaktveranstaltung, um Informationen kurz und knapp zu vermitteln, indem Experten und Bürger vor Ort waren, die sich einen Experten ausleihen und mit ihm direkt ins Gespräch kommen konnten, denn Informationen müssen vermittelt werden und in den Köpfen landen, aber das ist eine andere Ebene. – Ich freue mich auf den weiteren Prozess. Wir als Geschäftsstelle werden Sie immer wieder transparent über die weiteren Schritte informieren.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank, Frau Riedel! – Frau Dr. Sich hat nun das Wort. – Bitte sehr!

Frau Dr. Verena Sich (Initiative Offene Mitte Berlin): Vielen Dank! – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich vertrete die Initiative Offene Mitte Berlin. Wir sind eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern, die sich auf den Veranstaltungen der Stadtdebatte kennengelernt und dabei gemeinsame Vorstellungen zur Zukunft des Areals

entwickelt hat. Wir haben uns an den verschiedenen Formaten der Stadtdebatte kontinuierlich beteiligt. Die Initiative Offene Mitte Berlin möchte auch gern den weiteren planerischen und politischen Prozess konstruktiv begleiten. Aus diesem Grund bedanken wir uns für die Möglichkeit, in diesem Ausschuss Stellung zu nehmen.

Ich möchte mit einem Kommentar zum Verfahren der Stadtdebatte beginnen: Wir bewerten den Verlauf des Dialogverfahrens grundsätzlich positiv. Es haben daran sowohl interessierte Bürgerinnen und Bürger als auch Vereine und institutionelle Akteure aus der Stadtgesellschaft, die sich zum Teil schon länger mit dieser Materie beschäftigen, teilgenommen. Jeder Interessierte hatte die Möglichkeit, sich einzubringen und zugleich seine Perspektive zu erweitern und sich mit den Vorstellungen anderer Debattenteilnehmer vertraut zu machen. In den vielfältigen Diskussionsformaten haben sich die Teilnehmer – das waren, wie gesagt, keinesfalls mehrheitlich Anwohner – größtenteils sachlich und lösungsorientiert mit den jeweiligen Fragestellungen auseinandergesetzt. Insgesamt herrschte eine einladende und konstruktive Atmosphäre, aber das Wichtigste war, dass alles auch zu konkreten und plausiblen Ergebnissen geführt hat.

Ich möchte noch einen weiteren Punkt erwähnen: Es gab für die Teilnehmer nur im ersten Fachkolloquium einen kurzen Vorabüberblick über die stadtplanerischen Rahmenbedingungen zu diesem Areal. Aus den letzten Jahren gibt es jedoch eine Reihe von Beschlüssen, Empfehlungen sowie eine Potenzialanalyse zum Freiraum, und außerdem wurde der Freiraum zuletzt bei mehreren angrenzenden Bauvorhaben als wichtige Ausgleichsfläche für die Nachverdichtung herangezogen. Diese Hintergrundinformationen wurden in die Debatte nicht ausdrücklich einbezogen, aber trotzdem korrespondieren die Bürgerleitlinien voll und ganz mit den Aussagen in den Planungsunterlagen, die wir Ihnen vorab übersandt haben. So soll der Anteil der Grünflächen nicht verringert werden und sowohl das Rathausforum als auch das Marx-Engels-Forum sollen öffentliche Räume, mit weitgehend nicht kommerziellen Nutzungen bleiben. Die Stadtdebatte hat die vorherigen Festlegungen also bestätigt, ohne, dass sie thematisiert wurden.

Noch einige Worte zum Inhalt und Ergebnis des Dialogverfahrens: Es wurde in der Stadtdebatte systematisch hinterfragt und überlegt, welche Bedeutung und Funktion dem Areal zukommt und wie das in der künftigen Gestaltung Ausdruck finden kann. Darauf wurden Antworten gefunden. Es gibt einen weitgehenden Konsens über bestimmte Funktionen des Areals. So soll das ein Ort sein, an dem die vielfältige Geschichte der Berliner Mitte sichtbar wird, ein politischer Ort, ein Ort für die Zivilgesellschaft, insbesondere vor dem Roten Rathaus, ein grüner Erholungsraum und auch ein Möglichkeitsraum für Kultur und Kreativität. Ebenso gibt es Konsens über bestimmte Gestaltungsaspekte. Die Ergebnisse dieser Diskussionen sind aus unserer Sicht in den Bürgerleitlinien im Großen und Ganzen korrekt zusammengefasst. Dabei ist zu betonen, dass die Leitlinien nicht alternativ oder unabhängig voneinander, sondern kumulativ zu verstehen sind.

Festzuhalten ist auch: So gut wie alle Teilnehmer wünschen sich eine Veränderung des Ortes im Sinne einer schöneren Gestaltung mit hoher Aufenthaltsqualität. Die Debatte hat erreicht, dass es einen inhaltlichen Rahmen für die künftige Gestaltung gibt. Bisherige Visualisierungen in Wettbewerben, die auf die eine große Idee setzten, wie eine große Wasserfläche vor dem Roten Rathaus oder ein durchgehender Central Park oder umgekehrt eine riesige Betonfläche mit neuen Randbauten, sind mit den Bürgerleitlinien nicht kompatibel. Gewünscht ist

vielmehr eine qualifizierte und abwechslungsreiche Gestaltung, die verschiedene Funktionen spiegelt und der Bedeutung des Orts und seiner zentralen Lage gerecht wird.

Ich komme zu den Prozessempfehlungen: Das bisherige Verfahren hat mit den zehn Bürgerleitlinien bereits einen klaren und wertvollen Orientierungsrahmen für den weiteren politischen und planerischen Entscheidungsprozess vorgegeben. Die Ergebnisse sind inspirierend und eignen sich gut für eine weitere Konkretisierung. Betrachtet man sie zusammen mit den Funktionsbeschreibungen in den Planungsunterlagen für die angrenzenden Räume, so wird deutlich, dass die Orientierung auf einen städtebaulichen Wettbewerb nicht aufrechterhalten werden kann. Wir gehen davon aus, dass im Rahmen des weiteren Prozesses auf einen freiraumplanerischen Wettbewerb hingearbeitet wird, wobei es auch sinnvoll erscheint, sukzessiv mehrere Wettbewerbe für Teilräume auszuloben und gegebenenfalls offene Ideenwettbewerbe vorzuschalten.

Bei den Prozessempfehlungen für das laufende Jahr schlagen wir eine Ergänzung vor. Es wurde immer wieder der Wunsch geäußert, Räume in bestehenden Gebäuden in die Nutzungskonzepte einzubinden. Im Rahmen der fachlichen Vertiefung sollte daher gemeinsam mit der Wohnungsbaugesellschaft Mitte geklärt werden, inwiefern zukünftig Räume in den Erd- und Terrassengeschossen der angrenzenden Bauten genutzt werden könnten. Auch sollte geprüft werden, inwieweit die Fußumbauung des Fernsehturms kommunalisiert oder jedenfalls durch die Stadt genutzt werden kann. Eine Aufwertung des Sockels des Fernsehturms durch eine zentrale Touristeninformation oder die Präsentation von Stadtmodellen wäre ein langfristiges Ziel. Ansonsten sind inhaltliche Vertiefungen, insbesondere zum wichtigen Thema Geschichte des Ortes, sicher sehr sinnvoll. Es stellt sich die Frage, welche Epochen der Geschichte mit welchen Mitteln und an welchen Stellen sichtbar gemacht werden können und sollen. Dazu gibt es bereits erste Überlegungen aus der Stadtgesellschaft, sowohl innerhalb als auch jenseits der Stadtdebatte. Hierbei könnte es darum gehen, ein großes Konzept auch unter Einbeziehung des Stadtmuseums, der Historiker, Gestalter und Landschaftsplaner usw. zu erarbeiten. Für die ersten konkreten Umsetzungsschritte würde sich sicherlich das Marx-Engels-Forum mit einer zu gestaltenden Spreepromenade anbieten, das nach dem Abschluss des U-Bahnbauabschnitts neu angelegt werden muss. – Auch dazu gibt es bereits konkrete Vorschläge.

Wir erwarten, dass die konstruktive Arbeit aus der Stadtdebatte ernstgenommen und gesichert wird. Wir hoffen, dass Sie diese Bürgerleitlinien in diesem Ausschuss nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern sie auch zustimmend beschließen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Damit sind alle Anzuhörenden einmal zu Wort gekommen. – Bitte, Herr Kollege Evers, Sie haben als Erster der Abgeordneten das Wort!

Stefan Evers (CDU): Zunächst einmal herzlichen Dank an alle Anzuhörenden für Ihre Stellungnahmen hier und heute und das, was Sie uns bereits im Vorfeld zukommen ließen. Ich danke auch der Senatsverwaltung für ihre einleitenden Darstellungen und möchte für uns festhalten, dass wir es seit Beginn der Legislaturperiode für richtig und wichtig gehalten haben, das Thema Berliner Mitte und die Weiterentwicklung der historischen Mitte Berlins in den politischen Fokus zu rücken. Dafür haben wir einen Weg beschritten, der sich deutlich von vielem anderen unterscheidet, was wir in dieser Stadt bisher erlebt haben, und der ein

Experimentierfeld gerade in Fragen der Beteiligung und des Bürgerdialogs eröffnet hat, aus dem wir im Ergebnis alle etwas gelernt haben – in welcher Hinsicht auch immer. Ich kann mir nicht verkneifen, auch dem Senator dafür zu danken, dass er – anders als sein Vorgänger, der heute Anwohner dieses Areals ist – sich tatsächlich für dieses Thema interessiert. Das macht einen deutlichen Unterschied in diesem Verfahren aus – jedenfalls nach meiner Wahrnehmung.

In der Tat gab es Vorbildhaftes und Problematisches in diesem Prozess. Frau Lüscher hatte schon darauf hingewiesen, dass das klar in der Genetik eines solchen Verfahrens liegt – erst recht, wenn man es so weit fasst, sowohl von den unterschiedlichen Formaten her als auch von der Anwohner- und Nutzerbefragung, bis hin zu den TED-Umfragen, was seinerzeit beim Halbzeitforum der Fall war – Das war ein Verfahren, das naturgemäß nicht repräsentativ war, aber – je nachdem welchen Baustein man zur Anwendung bringt, womit ich nicht gerade die TED-Umfrage meine – die Gefahr besteht, dass das als solches von den Teilnehmern interpretiert wird. Das ist schwierig zu handhaben, denn einerseits ist man natürlich umso eher zu motivieren, sich in einen solchen Prozess einzubringen, wenn man davon ausgeht, dass das Ergebnis auch ein hohes Maß an Verbindlichkeit entfaltet. Andererseits ist es gerade unsere Aufgabe als Parlamentarier, im Ergebnis eine Abwägungsentscheidung zu treffen und die Interessen all derer zu berücksichtigen, die vielleicht die Möglichkeit hatten, sich dann aber doch nicht in diesen Prozess eingebracht haben – aus welchen Gründen auch immer.

Insofern danke ich Ihnen auch noch einmal für die Klarstellung Ihrerseits. Ich halte sie für sehr wichtig. Nach meiner Beobachtung ist genau das eingetreten, was insbesondere die TED-Umfrage als Gefahr beinhaltet hat, nämlich, dass anschließend einige Heraustraten und sagten: Das ist doch ganz klar. Von 168 Teilnehmern haben soundso viele die und die Einstellung vertreten. Damit muss das doch jetzt verbindlich sein. Die Bürger haben entschieden. – Dagegenzuhalten ist politisch hoch problematisch. Das birgt die Gefahr, in einem solchen Verfahren zu polarisieren. Ich persönlich rate dringend, zukünftig Abstand von solchen Verfahrensbausteinen zu nehmen. – Das zur Kritik.

Ich möchte ebenfalls hervorheben, dass die Schnittmenge an Konsens, die sich zu Nutzungs- und inhaltlichen Fragen ergeben hat, erfreulich hoch ist, unabhängig davon, welche unterschiedlichen Gestaltungen denkbar sind, um sie umzusetzen. Ich vermute, dass die nächste entscheidende Phase daraus bestehen wird, sich über städtebauliche, landschaftsplanerische und wie auch immer geartete Verfahren Gedanken zu machen, wie denn nun diese inhaltlichen Impulse, Leitlinien umgesetzt werden können – sei es in Form der Bestandswahrung, bis hin zu dem, was meine persönliche und bekannte Präferenz wäre, nämlich dieses Areal auch baulich umzugestalten und sich enger an der historischen Stadtstruktur zu orientieren, so wie wir auch im Umfeld vorgehen. Solche Fragen gestalterisch zu klären, ist jedoch ein nächster Schritt im Verfahren. Damit sollten wir uns als Nächstes befassen, und dazu wäre ich auch für die Anregungen der Anzuhörenden dankbar, welches denn aus ihrer Sicht die nächsten geeigneten Schritte im Verfahren sein sollten. Sie alle kennen die Prozessempfehlungen des Senats, die ein Stückweit auch darauf beruhen, dass aktuell, im Jahr 2016, nicht mehr viel Zeit bleibt und man naturgemäß nicht mehr den großen Wurf wagen, sondern sinnvollerweise eine teilweise Vertiefung in diesem Jahr anstreben wird. Über das Jahr 2016 hinaus gedacht wäre ich dankbar, wenn Sie eine persönliche Liste aufmachen könnten, welche Wünsche Sie denn an uns als Empfehlung richten würden, mit Blick auf das Verfahren in den nächsten Monaten und über das Jahresende 2016 hinaus.

Zu guter Letzt möchte ich – auch wenn schon genug gedankt wurde – noch all denen danken, die sich jenseits der Anzuhörenden am Verfahren beteiligt haben, in unterschiedlicher Weise und sicher auch unterschiedlich qualifiziert, aber jeder mit seinen persönlichen Möglichkeiten und seiner persönlichen Zeit. Das ist etwas, was in jeder Hinsicht anerkennenswert ist. Wir tun das gemeinsam, wir, die wir hier allesamt als Fraktionen und stadtentwicklungspolitische Sprecher im Besonderen als Dialogpartner zu Beginn das Versprechen abgegeben haben, diesen Prozess eng zu begleiten, präsent zu sein und das Gespräch mit den Teilnehmern zu suchen. Das haben wir alle ernsthaft getan. Ich hoffe, dass bei den Teilnehmern kein anderer Eindruck entstanden ist. Insofern war das auf jeden Fall eine Bereicherung.

Ich möchte insbesondere der Einlassung von Frau Dr. Sich in einem Punkt ausdrücklich zustimmen, auch wenn wir inhaltlich ansonsten in der einen oder anderen Frage sicherlich auseinanderliegen, nämlich, dass wir im Ergebnis dieses Prozesses für uns festhalten, auf jeden Fall etwas vom Programm in das weitere Verfahren mitnehmen zu können. Das hatten wir bisher nicht, denn die Mitte wurde immer über Bilder verstanden, aber jetzt wird sie über ein Programm verstanden, und erst der nächste Schritt werden die Bilder und Entwürfe sein. Das halte ich für einen echten Gewinn und Fortschritt, aus dem wir viel auch für die zukünftigen Verfahren lernen können.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank, Herr Evers! – Bitte, Frau Kapek, Sie haben das Wort!

Antje Kapek (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Ich schließe mich dem Dank von Herrn Evers an. Vielleicht müssen wir auch dem Senat dafür danken, dass er sich an dieser Stelle getraut hat, auch mal einen ungewöhnlichen Weg zu gehen und ein Beteiligungsverfahren auf den Weg zu bringen, das es in diesem Umfang und in dieser Art und Weise in der Vergangenheit – zumindest in meiner bewusst wahrgenommenen Vergangenheit – noch nicht gegeben hat. Daran kann man bestimmt das eine oder andere kritisieren, aber das kann man in jedem Verfahren. Jeder von uns hat da vielleicht seine eigenen Punkte, aber die Tatsache, dass sich über mehrere Monate unter dem Strich mehr als 10 000 Menschen daran beteiligt haben – nicht in jedem einzelnen Format gleich viel, aber in der Summe doch deutlich mehr als in vielen anderen Verfahren –, das ist zunächst einmal ein Grund für Lob und Dank, und die Opposition darf diesen Dank auch mal in Richtung Senat äußern. Die Frage lautet: Was machen wir jetzt damit? Diese Frage wird nicht nur von uns gestellt, sondern auch von Ihnen. Einige von Ihnen haben bereits Hinweise gegeben, wie es Ihrer Meinung nach weitergehen soll, aber ich glaube, dass sich vor allem auch die vielen Menschen, die viel Zeit und Energie in diesen Prozess gesteckt haben, diese Frage stellen.

Ich möchte zunächst auf ein Problem, das wir haben, hinweisen – man muss es so brutal aussprechen, denn die Ehrlichkeit gehört auch zu diesem Prozess –: Wir werden im September Wahlen haben, und wir alle sind uns bewusst, dass wir – mehr oder weniger – schon bis zu den Knien im Wahlkampf stecken. Das heißt, einen – wie von Ihnen, Herr Richter, vorgeschlagen – Stufenplan eines Bürgerprozesses zum jetzigen Zeitpunkt zu initiieren, das funktioniert nicht. Darüber können dann wieder im November sprechen, wenn die Wahlen vorbei sind und vielleicht auch erst im Dezember, aber zum jetzigen Zeitpunkt ist das unrealistisch, weil Wahlkämpfe dazu führen, dass sich Parteien eher wieder in ihre Ursprungspositionen

zurückziehen und in einen Wettbewerb miteinander treten, was in Ordnung ist. Ein solcher Prozess braucht aber eine grundsätzliche Kompromiss- und Kooperationsbereitschaft, und diese werden wir allesamt im Winter wiedererlangen.

Deshalb finde ich es schon richtig, dass wir an dieser Stelle – das war Teil einer gemeinsamen Beratung des Kuratoriums, mit uns als gewählten Abgeordneten – gefragt haben: Wie überbrücken wir diese Zeit? Wie können wir vor allem sicherstellen, dass das jetzt nicht abreißt und sich in der nächsten Legislaturperiode niemand mehr daran erinnern will? Daher beinhaltet die jetzige Prozessempfehlung vor allem, dass die einzige Kontinuität, die es an dieser Stelle gibt, die Verwaltung ist. Lassen wir doch die Verwaltung vertiefende Untersuchungen anstreben, damit wir dann, wenn wir nach den Wahlen diesen Prozess fortsetzen, auch mehr Faktengrundlagen haben, auf denen wir arbeiten können.

Nichtsdestotrotz findet gerade parallel ein Verfahren statt, bei dem sich die politischen Stiftungen aller Parteien zusammengefunden und gesagt haben, sie wollen diesen Prozess auf einer akademischen Ebene fortführen. In regelmäßigen Abständen finden jetzt Diskussionen statt, wie bereits in der Konrad-Adenauer-Stiftung und in der Rosa-Luxemburg-Stiftung, und als nächste Stiftung ist die grüne Stiftung mit dem Bildungswerk dran. Viele von Ihnen sind da sehr aktiv. Ich halte das für den richtigen Rahmen, um einmal zu schauen, wie man das nach den Wahlen weitermachen könnte.

Heute bzw. wenn wir über die Vorlage zur Beschlussfassung abstimmen – ich vermute, dass wir das nicht heute, sondern erst in zwei Wochen machen –, müssen wir allerdings schon darüber sprechen, wie wir mit dem, was Sie uns überreicht haben, umgehen wollen. Deshalb finde ich es schade, dass in der Vorlage zur Beschlussfassung eigentlich nur die Prozessempfehlungen beschlossen werden sollen, aber nicht die Leitlinien. Die sollen nur zur Kenntnis genommen werden. Ich habe Frau Sich und andere so verstanden, dass man sich von uns, den gewählten Abgeordneten, ein stärkeres Signal verspricht. Einen Konstruktionsfehler haben wir bei diesen Verfahren immer, und der ist auch nicht aufzulösen: Die Beteiligung findet beim Volk statt, und die Entscheidungen treffen die Volksvertreterinnen und -vertreter. Deshalb müssen wir in zwei Wochen schon deutlich sagen, dass wir das nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern es auch beschließen bzw. ihm zustimmen, denn wir wollen damit eine Kontinuität darstellen und nach der Wahl bei diesen Leitlinien ansetzen und daran weiterarbeiten.

Darüber hinaus halte ich es für wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir hier nicht über einen toten Raum sprechen, der sich unter einer Glasmölle befindet, sondern das ist ein Raum, in dem unglaublich viel passiert. Ich möchte mich deshalb ausdrücklich Herrn Goebel und Herrn Richter anschließen, wenn sie sagen, in Zukunft müsse der Betrachtungsraum größer gefasst sein. Wie kann es sein, dass wir vor zwei im Plenum des Berliner Abgeordnetenhauses den Bebauungsplan für den Molkenmarkt beschlossen haben, dieser jedoch in keiner Form im Zusammenhang mit diesem Prozess steht – ganz zu schweigen von den parallel laufenden Workshopverfahren zum Alexanderplatz und anderen?

Es gibt Überlegungen im Bezirk Mitte, ein Regionalmanagement für den gesamten Bereich zu initiieren. Das halte ich für eine wunderbare Sache, und man kann an viele Leitlinien anknüpfen und aufsetzen. Vieles von dem, was Sie gerade an Potenzial und Möglichkeiten angeprochen haben, könnte zum Beispiel mittels eines Regionalmanagements weiterverfolgt werden. Deshalb wünsche ich mir für den weiteren Prozess, dass wir einmal darüber nachdenken,

welche Akteure eigentlich noch mit an den Tisch gehören, damit wir nicht auf einer akademischen Ebene über die Köpfe derer hinweg diskutieren, die vor Ort nicht nur leben, sondern auch machen und dann vielleicht im Realitätsabgleich irgendwann überrascht sind.

Ich kann mich vielen Punkten anschließen, die Sie, Herr Richter, aber auch andere genannt haben. Zum jetzigen Zeitpunkt sollte der erste Schritt jedoch darin bestehen, dass wir uns als Abgeordnete klar zu diesen Leitlinien bekennen, und im zweiten Schritt sollten wir die Prozessempfehlungen beschließen. Man hätte sogar noch ein, zwei weitere Punkte aufgreifen können, denn neben den Punkten Verkehr und Geschichte wäre für mich auch noch der Tourismus spannend gewesen, aber ich möchte mich jetzt nicht verkämpfen, denn es sind nur noch ein paar Monate.

Ich wünsche mir von allen anwesenden Abgeordneten ein Bekenntnis dazu, dass Sie, wenn Sie denn wiedergewählt werden, nach der Wahl bereit sind, diesen Prozess weiterzuführen. Wir müssen dann allerdings – wie von Ihnen angesprochen – auch über neue Formate diskutieren, sodass diejenigen, die sich daran weiterhin beteiligen möchten, die Möglichkeit haben.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank, Frau Kapek! – Frau Haußdörfer hat das Wort. – Bitte sehr!

Ellen Haußdörfer (SPD): Vielen Dank! – Es ist unstrittig, dass wir uns zu den Leitlinien und dem Prozess bekennen. Trotz aller Nabelschau und dem Blick nach vorne ist es ein guter Brauch, diese Themen und den Prozess, den wir nicht nur gewählt und alle unterschrieben, sondern auch begleitet haben, zur Kenntnis zu nehmen. Ich finde die Diskussion in Teilen schwierig, wenn es um die Frage geht, wie wir die Stadt – in Anführungszeichen – mobilisieren könnten. Wenn es dann heißt, das sei nicht repräsentativ genug, und gefragt wird, ob es das überhaupt ist, dann frage ich mich, ab wann denn ein Verfahren für denjenigen, der diese Kritikpunkte aufnimmt, repräsentativ genug ist. Es wird ja niemand zu einer Bürgerbeteiligung gezwungen, aber es darf auch niemand ausgeschlossen werden. Das war ein experimenteller Zugang zu dem Thema, das wir vor diesem Verfahren häufiger hatten. Damals hatten wir Expertenforen, und wir führten auch einzelne Debatten, ob nun zur Stadtplanung, zu unterschiedlichen Zeitepochen oder auch zur Grünflächenplanung und sicherlich auch zu den Sondergeschichten – in Anführungszeichen – wie dem Tourismus und anderes. Da bestand häufig der Eindruck, dass irgendwie von oben, von einer Wolke, nach unten diskutiert wird.

Die Idee war, diese Spirale von eng auf weit zu stellen, mit allen Vor- und Nachteilen, die ein solcher Prozess mit sich bringt. Ein Experiment ist auch mal dazu geeignet, dass Dinge vielleicht nicht so glücklich gewesen sind, wie zum Beispiel die TED-Umfrage, die ich auch nicht als so gut empfand, aber interessante Geschichten, wie das partizipative Theater oder die Stadtspaziergänge, sind Methoden, die vorher nicht ausprobiert worden sind. Und sicherlich haben sie den einen oder anderen von der Couch gelockt, die sich früher weder bei Expertenforen noch bei diversen anderen Bürgerbeteiligungsworkshops und anderen Veranstaltungen vielleicht nicht beteiligt haben.

Ich würde aus diesem Verfahren für die Zukunft gern die Frage mitnehmen: Welche Varianten sollten wir – jenseits der Diskussion um die historische Mitte, egal, wie geografisch eng oder weit sie gefasst wird – auch für die zukünftigen Verfahren mitnehmen?

Die Rolle der Dialogbotschafter wurde schon angesprochen, aber auch die Rolle des Kuratoriums. Dort ist in der Tat auch nicht alles rund gelaufen. Auf der anderen Seite gab es gerade bei der ersten Veranstaltung viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die sich gar nicht bewusst waren, was denn nun eigentlich der Rahmen dieser Veranstaltung ist, sodass es wichtig war, dass das transparent und öffentlich diskutiert wurde und was die Rahmenbedingungen für dieses Verfahren sind. Was ist möglich und machbar? Denn – vorsichtig gesagt – die historische Mitte ist natürlich durch diverse Bürgerbeteiligungsverfahren des alten Typus gegangen – egal, ob es nun um die Gestaltung der Marienkirche ging oder um Sicherheits- oder Platzbegehungen in diesem Spannungsfeld. Von daher stand für viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Frage im Raum, was denn eigentlich das Besondere, das für uns Verbindliche an dieser Bürgerbeteiligung war, das im Vorfeld gegebenenfalls nicht dagewesen ist, denn das löste bei einigen Müdigkeit aus.

Ich möchte insofern ein bisschen widersprechen als gesagt wurde, das sei expertenfeindlich gewesen. Ich habe viele Experten kennengelernt. Nicht alle hatten einen akademischen Titel, aber sie waren durchaus Experten in ihrem Bereich. Ich würde den Prozess als solchen als demokratisch bezeichnen.

Es ist das erste Mal, dass sich in einem Verfahren eine Bürgerinitiative neu gegründet hat. Frau Dr. Sich, Sie sind die Repräsentantin dafür. Das habe ich bisher in keinem Bürgerbeteiligungsverfahren – ich bin seit zehn Jahren gewählte Abgeordnete – erlebt. Ich empfand es als einen interessanten Nebenaspekt, dass es die Möglichkeit gegeben hat, dass sich innerhalb dieses Verfahrens neue Zusammenschlüsse gefunden haben. Das zeigt, dass es möglich ist, für etwas einzustehen und nicht immer dagegen zu sein. Das ist häufig das Problem, mit dem wir umgehen müssen.

Ich wünsche mir – wie Frau Kapek auch – für die Zukunft die eine oder andere Ausformulierung und eine wert- und bildgebende Ausformung des einen oder anderen Leitbilds, einen Raum für Identität und die wertbildende Identität auch für die Geschichte sowie die Wertschätzung des öffentlichen Raums. Ich wünsche mir ferner die Stadt als Gemeingut und Möglichkeiten zur Zwischennutzung, aber ich wünsche mir auch Mobilität, Zugänglichkeit und das, worauf Professor Kaschuba hingewiesen hat, nämlich eine teilweise offene, aber dann auch wieder eingrenzende Funktion der öffentlichen Nutzung, die wir vor Ort durchführen, nämlich Kunst und Kultur, aber auch Kommerzialisierung. Der Prozess als solcher muss am Laufen gehalten werden.

Von daher ist für uns als Fraktion heute festzuhalten, dass wir uns zu den Leitlinien und dem Prozess bekennen. Wir sind mittlerweile an einem Punkt angelangt, der über das Zurückfahren in Wahlkampfzeiten hinausgeht, sodass die Leitlinien, die wir haben und die wir sicherlich in zwei Wochen beschließen werden, nicht nur der Grundstock sind, sondern auch eine Basis für die zukünftigen Diskussionen. Wir haben mit dem im Dezember vergangenen Jahres beschlossenen Haushalt begrenzte Haushaltssmittel zur Verfügung gestellt, sodass diese Debatte mitnichten zu Ende ist, aber sie muss selbstverständlich weitergeführt werden. Das, was ich in den Beschlussempfehlungen oder Vorstellungen der einzelnen Gruppen, Gruppierungen und Einzelner entnehme, so sind es nicht nur viel weitergehenden Haushaltsbindungen, sondern auch die Gestaltungsvorgaben, wenn es darum geht, Sichtbarkeitsachsen herzustellen und Einfassungen durchzuführen. Die verkehrliche Situation wurde hier nur am Rand besprochen.

Es ist mitnichten so, dass wir den B-Plan Molkenmarkt ohne die historische Mitte diskutiert hätten, aber man muss in diesem Zusammenhang auch ansprechen, dass die anderen Planungen in der Zwischenzeit weitergehen. Dabei ist es für uns wichtig, diesen Beschluss zu haben, damit er in die weiterführenden Punkte aufgenommen werden kann. Von daher interessiert uns natürlich auch, welche Vorstellungen für den weiteren Verlauf und die weitere Debatte möglich sind. Die Diskussionen in den politischen Stiftungen haben gezeigt, dass unter den verschiedenen Leitlinien jeder etwas anderes versteht. Das zusammenzuführen, ohne einzuschränken, aber vieles möglich zu machen, ist etwas, was uns nicht nur bis zum September oder die nächsten fünf Jahre beschäftigen wird, sondern weit darüber hinaus.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Bitte, Herr Prieß!

Wolfram Prieß (PIRATEN): Vielen Dank! – Die Piraten finden es gut und mutig, dass ein solches Beteiligungsverfahren stattgefunden hat. Wir bewerten das auf jeden Fall positiv, und deswegen schließe ich mich dem Lob an. Die Kritik erfolgte bislang sehr verhalten und auch nur an einzelnen Aspekten. Das liegt natürlich auch daran, dass das Verfahren an sich experimentell gewesen ist. Da es sich dabei um ein neuartiges und ergebnisoffenes Verfahren handelte, das wir in dieser Form bisher noch nicht hatten, war es klar, dass es auch Reibungspunkte geben wird, bei denen man erst einmal sehen musste, wie das Experiment ausgeht. Ich bewerte den Ausgang dieses Experiments erst einmal positiv und stehe damit auch hinter den Leitlinien, die aus der Bürgerbeteiligung erwachsen sind.

Wir stecken allerdings dadurch in einem Dilemma, dass es für ein solches Verfahren bisher keine gesetzliche Verankerung gibt. Es gibt keine Regelung, wie man das machen könnte, aber für gesetzliche Regelungen oder Verfahren, die sich darauf begründen könnten, braucht man erst einmal die Erfahrung, sodass das ein bisschen das Henne-Ei-Problem ist. Denn wenn man ein solches Verfahren noch nie gemacht hat, dann kann man vorher auch nicht genau sagen, wie es zu gestalten ist. Man könnte sich natürlich viele Gedanken darüber machen, aber erst mit der Erfahrung wird man schlauer, was dort positiv gemacht worden ist und was vielleicht beim nächsten Mal geändert werden muss.

Da wir zu diesem Thema eine Anhörung durchführen, frage ich die Anzuhörenden – wer auch immer sich angesprochen fühlt –: Es wurde Kritik an dieser TED-Umfrage geübt und gesagt, diese sei nicht repräsentativ. Das ist klar, aber mangels gesetzlicher Normen gibt es keine Möglichkeit, eine repräsentative Umfrage durchzuführen. Welche alternativen Möglichkeiten sehen Sie, um das Meinungsbild der Verfahrensbeteiligten oder der Stadtöffentlichkeit, das dann zur Grundlage von Thesen oder eines Konsenses formuliert wird, feststellen zu können? Eine Online-Umfrage hätte vielleicht eine größere Beteiligung erbracht, wäre aber viel leichter zu manipulieren, weil man in einem Online-Verfahren nicht genau nachvollziehen kann, ob es eine Person ist, die 20 mal abstimmt oder ob es 20 unterschiedliche Personen sind. Vielleicht gibt es Ideen bzw. Vorschläge, wie man damit umgehen könnte.

Es wurden die parallelen Prozesse zur Gestaltung des Umfelds angesprochen, die auf einem eng begrenzten Raum durchgeführt worden sind. Das war zum einen das Standard-B-Planverfahren zum Molkenmarkt, zum Klosterviertel und zum Petriplatz, wo eine Beteiligung der Öffentlichkeit über die gesetzliche Beteiligung hinaus nicht stattgefunden hat. Bei den Anschlussfragen wurde im Ausschuss zwar am Rand darüber diskutiert, aber ein vertiefendes Gespräch dazu hat nicht stattgefunden.

Dann zum Workshopverfahren am Alexanderplatz: Das ist schon ein bisschen auf die Planung eingegangen, aber es war von vornherein als nicht ergebnisoffenes Verfahren angelegt und konnte deshalb auch nicht diese Stellung in der Stadtöffentlichkeit entwickeln, wie es bei dem Verfahren zur Stadtmitte passiert ist. Dieser Vergleich ist eigentlich ganz gut, und ich würde daraus die Schlussfolgerung ziehen, dass das Verfahren zur Mitte sicherlich sehr aufwendig, aber dennoch erfolgreich gewesen ist. Zugleich ist festzuhalten – das ist durch die Beschränkung der Legislaturperiode ein Problem –, dass das an diesem Punkt nicht stehenbleiben darf, sondern weitergeführt werden muss. Die Verfahrensschritte, die schon angedeutet werden, sind eigentlich eine gute Grundlage dafür. Ich würde mir wünschen, dass auch künftige Parlamentarier des Berliner Abgeordnetenhauses an diesen Regeln festhalten und signalisiere auf jeden Fall meine Zustimmung zu diesem Vorschlag.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Wunderbar! – Frau Bluhm! Ich freue mich, Ihnen als beratendes Mitglied im vermuteten Einverständnis der Kollegen das Wort erteilen zu dürfen. – Bitte sehr!

Carola Bluhm (LINKE): Das ist sehr nett, Herr Vorsitzender! – Ich möchte die stadtentwicklungs-politischen Sprecher noch einmal ermuntern, sich daran zu erinnern, dass sie bei Beginn des Verfahrens die Erklärung abgegeben haben, dass sie sich den Ergebnissen dieses ergebnisoffenen Verfahrens stellen werden. Das heißt, die Bürgerleitlinien sind das, womit sich dann auch das Parlament beschäftigen muss. Ich möchte ausdrücklich den Blick als Abgeordnete aus Mitte auf dieses Verfahren wagen, denn auch für mich ist die Vielfalt des Versuchs des Bürgerdialogs ein spektakulärer Vorgang gewesen. Natürlich gab es einen ritualisierten Streit sowie Zuschreibungen und Projektionen, die darauf lagen, aber das Bemerkenswerte war, dass es auch das andere gab, nämlich ein großes Interesse, sich diesem Prozess zuzuwenden und viel Zeit darauf zu verwenden. Es gab eine bemerkenswerte Anschlussfähigkeit der Zivilgesellschaft und zum Teil auch der Fachöffentlichkeit untereinander, also die Erkenntnis, dass es um viele Schichten der Geschichte geht und um die Ergänzung durch mögliche archäologische Fenster.

Ich habe in dieser Debatte von den Anzuhörenden eine höhere Dynamik an Vorschlägen erfahren als aus der Koalition und dem Senat. Das sage ich offen und ehrlich. Dadurch, dass eine so große Vitalität in der Meinungsäußerung ermöglicht wurde, produziert man für Außenstehende eine evidente Erwartungshaltung. Da ist es erst einmal nicht selbsterklärend, warum ein halbes Jahr lang nichts passiert – formal betrachtet, denn es ist ja nicht nichts passiert. Formal ist vom 28. November bis heute die interessierte und engagierte Bürgeröffentlichkeit nicht informiert worden, wie es weitergeht, und es sind eine Reihe von irritierenden Dingen passiert. Herr Geisel hat gleich im Anschluss relativ unkommentiert die ZLB auf diesem Areal ins Gespräch gebracht, ohne noch einmal auf den gerade stattgefundenen und abgeschlossenen Bürgerdialog Bezug zu nehmen. Frau Lüscher versuchte dann später, das räumlich einzuzuordnen. Die CDU hatte beschlossen, den Neptunbrunnen aus diesem Gebiet zu verlagern und sich auch nicht mit den Bürgerleitlinien auseinandergesetzt, was nicht der allereleganteste Umgang ist. Im Abgeordnetenhaus von Berlin hat es eine Hybridausstellung gegeben, die der beste Ausdruck für unfertig, unmutig und unentschlossen im Umgang mit den doch zum Teil eindeutigen Ergebnissen ist.

Man kommt nicht umhin anzuerkennen, dass die Wertschätzung gegenüber dem Freiraum und dem, was in diesem Bereich möglich ist, bei Wertschätzung des Vorhandenen, ein sehr starker Befund gewesen ist, aus dem die Erwartungshaltung entstanden ist, wie man in der Folge damit umgeht. Also, was passiert? Was ist in dem letzten halben Jahr für die Bürgerinnen und Bürger erkennbar passiert? Welche Sofortmaßnahmen hat es gegeben? Welches Bündnis hat es mit dem Bezirk Mitte gegeben, um die Aufenthaltsqualität erkennbar zu verbessern und nicht zu sagen, oh, wir wissen jetzt, an welchen Punkten wir die nächsten fünf Jahre weiterdiskutieren? Das ist als Reflex außerhalb des Abgeordnetenhauses kritischer zu betrachten als in den Prozessen im Innenverhältnis – davon nehme ich mich nicht aus – oftmals erkennbar wird. Von daher mein ausdrücklicher Dank für die Impulse, die es heute noch einmal aus der Anhörung gegeben hat! Ich finde den Berlin-Rat, den Umgang mit dem Prozess des Bürgerdialogs und die Kritik daran ausgesprochen sinnvoll. Das kann und muss uns weiterbringen, weil es nicht dabei bleiben darf, dass das für die Bürgerbeteiligten, die in diesem Prozess durchaus gescholten worden sind, wie in einem schwarzen Loch verschwindet. Ich plädiere dafür, sich weiterhin auf die Prozessempfehlungen einzulassen, von denen heute in noch keinem Satz die Rede war und die vielleicht nicht die notwendige Dynamik und Bereitschaft zum Ausdruck gebracht haben, sich weiter auf den Prozess einzulassen.

Es wäre schön, wenn die Anzuhörenden noch einmal zugespielt ihre Erwartungshaltung für die nächsten Schritte, die zu gehen sind, äußern würden, und zwar unabhängig davon, dass wir demnächst Wahlen haben werden. Es gab die Bereitschaft, sich diesem Bürgerdialog zu zuwenden und die Vorschläge, die daraus entstanden sind, zu akzeptieren. Von daher müsste es auch einen parteiübergreifenden Konsens geben, damit weiterhin produktiv umzugehen und das nicht in der Verschachtelung von politischer Zugehörigkeit und dem Ende von Legislaturperioden zu versenken. Und genau danach möchte ich fragen: Was könnte jetzt noch aufgrund der Lebenserfahrung gemacht werden? Was wäre noch möglich? Wie könnte man diesen Prozess gemeinsam eine Wertschätzung geben, die aus meiner Sicht verdient wäre?

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Herr Magalski!

Philipp Magalski (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Als umweltpolitischer Sprecher meiner Fraktion unterstütze ich die Ausführungen unseres stadtentwicklungspolitischen Sprechers. Ich begrüße an dieser Stelle für unsere Fraktion noch einmal die Ergebnisse des Bürgerdialogs, die sich in den Bürgerleitlinien abbilden. Daraus ergibt sich, dass wir diese Bürgerleitlinien tatsächlich ernst nehmen. Wir sehen es als Auftrag an, sich an jenen Leitlinien zu orientieren und entsprechende Entscheidungen zu treffen. Frau Kollegin Bluhm hat gerade beschrieben, dass es bereits einzelne Vorschläge gegeben hat, die den Bürgerleitlinien teilweise zuwidergelaufen sind. Daher muss es ein starkes Bekenntnis aller politischen Akteure zu diesen Leitlinien geben. Das bedeutet für uns, als Bekenntnis im Fall einer etwaigen zukünftigen Regierungsbeteiligung, die Bürgerleitlinien als verbindliche Grundlage anzusehen und keine Entscheidungen zu treffen, die diesen entgegenstehen.

Ich möchte die Anzuhörenden fragen: Wie sind Ihre Erwartungen bezüglich der Verbindlichkeit der Leitlinien an die Politik im Abgeordnetenhaus und im Senat, ihre Entscheidung nach Maßgabe der Leitlinien zukünftig auch umzusetzen? Wir sind uns natürlich der gesetzlichen Unverbindlichkeit der Bürgerleitlinien, auch bei einem Beschluss im Abgeordnetenhaus, bewusst, möchten aber vom Senat wissen, wie ernst er diese Leitlinien nimmt. Deshalb frage ich: Wird er zukünftig keine Entscheidungen treffen, die den Bürgerleitlinien zuwiderlaufen? – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Frau Lompscher, bitte!

Katrin Lompscher (LINKE): Erster Hinweis zum Thema: Was beschließen wir hier? – Wenn Sie die Beschlussvorlage aufschlagen, dann sehen Sie, dass wir die Bürgerleitlinien zur Kenntnis nehmen und die Prozessempfehlung beschließen sollen. Ich empfehle dringend, das umzukehren, denn die Bürgerleitlinien zu beschließen, das hatten wir in dem prozessbegleitenden Vertrag, den wir unterschrieben haben, versprochen, und zu den Prozessempfehlungen kann man schon noch das eine oder andere kritische Wort sagen. Ich teile ausdrücklich nicht die Auffassung von Frau Kapek, das jetzt Wahlen seien und man das nicht könne. Das ist genau das, was die Leute nervt. Die einzige Kontinuität ist nicht die Verwaltung, sondern die Kontinuität ist diese Stadt, das sind die Leute, die Themen, die sie interessieren und das, was sie an Engagement eingebracht und wo sie auch eine Erwartung haben, dass es weitergeht.

Ich möchte zunächst einmal die Anzuhörenden konkret etwas fragen. Herr Kaschuba! Sie haben einen Mitte-Rat vorgeschlagen. Haben Sie genauere Vorstellungen davon, und welches in dem bisherigen Verfahren von Ihnen Beobachtete könnte geeignet sein, in diesen Mitte-Rat aufgenommen zu werden? Da schließt sich eine Frage an Frau Sich an, die nicht selber Dialogbotschafterin war, aber in ihrer Initiative gab es Dialogbotschafter. In den Prozessempfehlungen steht, dass sich das Zusammenspiel bewährt hätte. Die Organisation Steuerung und Betreuung des Verfahrens wird die erprobte Struktur aus Kuratorium, Geschäftsstelle, Dialogbotschafterin und Senatsverwaltung beibehalten, so steht es in dem, was wir hier beschließen sollen. Deshalb einmal die Frage, weil meine Wahrnehmung von diesem Format Dialogbotschafterin war, dass das nicht so ganz funktioniert hat – Frau Haußdörfer hat es vorhin auch erwähnt –, wenn man das beibehalten wollte: Wie kann man das so weiterentwickeln und qualifizieren, dass es auch funktioniert, oder muss man sich an der Stelle davon verabschieden?

Herr Richter hat in seinem Beitrag gesagt, er wünsche sich eine neutrale und professionellere Steuerung des künftigen Prozesses. Auch da bitte ich um eine Konkretisierung. Was soll das genau heißen, wenn nicht unter der Überschrift „professionelle Steuerung“? Da weiß ich gar nicht genau, woran das liegt. In Kuratoriumssitzungen sind die Protokolle veröffentlicht, aber das letzte veröffentlichte Protokoll ist vom 7. Dezember 2015. Soviel ich weiß, existiert das Kuratorium noch und führt weiter Sitzungen durch. Man kann sich also nicht wirklich zeitnah und in Echtzeit darüber informieren, ob und was in der Stadtdebatte weitergeht. Das finde ich misslich. Das wäre zum Thema professionelle Steuerung sicherlich auch noch etwas. Ich habe keine Ahnung, woran das liegt. Vielleicht kann das aufgeklärt werden. Dem Protokoll vom 7. Dezember 2015 habe ich unter anderem entnommen, dass die Agentur Zebralog darauf hingewiesen hat, dass eine Beteiligungslücke möglichst nicht entstehen sollte, dass man sich also überlegen muss, wie man dieses sehr positive Feedback zur Stadtdebatte, dem ich mich uneingeschränkt anschließe, aufgreift und in gewisser Weise verstetigt. – Eine Frage an Frau

Riedel: Welche Vorstellungen schweben Ihnen mit dem professionellen Hintergrund Ihrer Agentur vor, um eine solche Beteiligungslücke wieder zu schließen, auch vor dem Hintergrund, dass man natürlich nicht sofort anfängt, etwas zu bauen oder Bilder zu produzieren? Das ist übrigens eine Position, die ich dezidiert nicht teile, dass man erst über etwas reden muss, und dann muss man Bilder machen, und dann ist man fertig mit der Debatte, sondern das wird immer ein Nebeneinander und ein Hin und Her sein, und manchmal gibt es ein Bild, manchmal nicht, und manchmal geht es auch gar nicht um Bilder. Das ist eine etwas schwierige Vorstellung.

Den Senat möchte ich Folgendes fragen: Es ist mehrfach vorgeschlagen worden, dass man eine Art kooperatives Gremium zur Entscheidungsvorbereitung haben möchte. Wir haben das in unserem Änderungsantrag im Übrigen auch aufgegriffen. Was spricht denn aus Sicht des Senats dagegen, sein solches Gremium zu etablieren, und zwar unabhängig von Legislaturperioden usw.?

Auf die zweite Frage bin ich auch durch das Protokoll des Kuratoriums vom Dezember und durch einen Besuch beim Landesarchäologen gekommen. Da wurde dargestellt, dass es eigentlich total schwierig bis unmöglich sei, das Rote Rathaus zu öffnen, weil dort schon ganz viele Veranstaltungen sind. Nun ist mir aber bekannt, und jeder, der da vorbeigeht, sieht das, dass, wenn man sich den Rathauskeller vorstellt, linker Hand die Rathauskantine im ehemaligen Ratskeller ist, und rechter Hand ist es ganz leer. Das im Souterrain liegende Kellergeschoss des Roten Rathauses ist derzeit ungenutzt und hat zusätzlich den Charme, dass man mit relativ geringem Aufwand die archäologischen Ausgrabungen im alten Rathaus sichtbar machen könnte, was vom U-Bahnhof zum derzeitigen Zeitpunkt nicht möglich ist. Was spricht dagegen, das Souterrain des Rathauses im Rahmen dieser weiteren öffentlichen Debatte zu den Bürgerleitlinien zu nutzen?

Ansonsten aus meiner Sicht noch einmal herzlichen Dank für diesen Dialogprozess und eindeutige Zustimmung zu dem Hinweis, dass natürlich eine räumliche Ausweitung zwingend ist, weil wir mit den Beschlüssen über den B-Plan Molkenmarkt insbesondere zwei Zwangspunkte hergestellt haben, die im weiteren Verfahren aufgelöst werden müssen, und das will ich zumindest einmal erwähnen. Dass man über die jetzige Grunerstraße schlecht ins Klosterviertel kommt, ist unstrittig, aber auch über die neue kommt man schlecht, und deswegen muss man sich einmal überlegen: Was soll da praktisch passieren? Was kann man im Vorfeld machen?

Der zweite Knackpunkt ist die Spandauer Straße. Das habe ich bereits im Plenum gesagt, und will es hier wiederholen. Frau Lüscher hat auch gesagt, dass sie vor dem Verkehrsthema im Zusammenhang mit dieser Stadtdebatte großen Respekt hat. Wie will man diese Diskrepanz zwischen der Bürgerleitlinie Nr. 7 und dem erkennbar beschlossenen Ausbauplan für die Spandauer Straße auflösen? – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank, Frau Lompscher! – Weitere Meldungen von Kollegen habe ich nicht. – Ich bitte Sie, die an Sie gerichteten Fragen zu beantworten. – Frau Dr. Sich, Sie haben das Wort!

Dr. Verena Sich (Initiative Offene Mitte Berlin): Es war jetzt eine ganze Reihe Fragen. Ich habe noch die Frage von Frau Lompscher zu den Dialogbotschaftern im Kopf. – Ich kann nur sagen, dass wir die Einführung dieser Dialogbotschafter grundsätzlich als gut und sinnvoll empfunden haben. Es gab eine Basisanbindung zwischen Kuratorium, Geschäftsstelle, Senat und den unmittelbaren Teilnehmern. Es wurden Dialogbotschafter in jedem Format ausgewählt, die die Funktion hatten, als Mittler und Korrektiv zu wirken. Es ging eigentlich darum, dass diese Dialogbotschafter im weiteren Verfahren eine neutrale Beobachterrolle einnehmen, indem sie immer wieder darauf achten, ob die Ergebnisse aus den vorherigen Formaten im Verlauf auch korrekt weitergetragen werden und sich wiederfinden. Es hat auch ein Feedback gegeben, und das Verfahren wird kontinuierlich begleitet. Man muss vielleicht dazu sagen, dass es für manche nicht immer ganz klar war, dass es um eine neutrale Beobachtung ging. Für unsere Gruppe kann ich aber sagen, dass die Dialogbotschafter der Initiative Offene Mitte kontinuierlich das Verfahren begleitet und auch ein objektives Feedback gegeben haben.

Zur Frage der Repräsentativität oder einem anderen Verfahren von Herrn Prieß: Was ein anderes Verfahren angeht, haben vielleicht Frau Riedel, Herr Richter oder Herr Goebel konkrete Vorschläge. Ich möchte dazu nur sagen, dass erst einmal grundsätzlich bei dieser Stadtdebatte die Menschen da waren, die sich für diesen Raum auch wirklich interessieren. Jeder hatte Gelegenheit, sich einzubringen und seine Konzeptpapiere vorzustellen. Das geht auch immer ein bisschen unter. Es gibt in der Stadt verschiedene Vereine oder sonstige Institutionen, die sich mit diesem Raum auseinandergesetzt und teilweise sehr ausdifferenzierte Positionspapiere oder Konzeptpapier zur Diskussion gestellt haben. Hier gehen sehr viele unterschiedliche Gruppen von einer grundsätzlichen Wertschätzung dieses Freiraums aus. Auch diese Gruppen haben sich natürlich in den Prozess eingebracht. Es gab den Eindruck, dass die Tendenz ganz klar in Richtung eines weitgehenden Erhalts des Freiraums geht. Er wurde nicht durch die TED-Umfrage erst hervorgerufen, sondern das zog sich durch den ganzen Prozess, und die TED-Umfrage hat das bestätigt. Es ist aber nicht so, dass man sagt: Okay, es gab diese TED-Umfrage, deswegen ist klar, dass nicht bebaut werden soll, – sondern es zog sich durch den ganzen Prozess in jedem einzelnen Formt, beispielsweise wenn es um die strittige Frage bauen oder nicht bebauen geht, dass es für eine dichte Bebauung ganz klar keine Mehrheit unter allen Debattenteilnehmern und auch für eine Teilbebauung keine offensichtliche Mehrheit gibt, sondern die Tendenz ist im Durchschnitt für einen weitgehenden Erhalt des Freiraums, durchaus mit punktuellen baulichen Ergänzungen, aber unter funktionalen Gesichtspunkten. Ich kann diese Positionspapiere der Henselmann-Stiftung, Think Berlin, Stiftung Zukunft, Plattform Nachwuchsarchitekten, AG Alexanderplatz usw. nur empfehlen. Es haben sich sehr viele damit auseinandergesetzt, nicht nur die einzelnen Bürger, die anwesend waren, sondern auch Vereinigungen, die repräsentativ sind für viele andere, die hinter ihnen stehen. – Das erst einmal dazu.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Frau Riedel, bitte!

Daniela Riedel (Zebralog GmbH & Co.KG): Sie fragen sich natürlich, wie es weitergeht und welche Vorschläge wir haben – das kam von verschiedenen Seiten –, dass keine Lücken entstehen. Das ist eine Erfahrung aus Beteiligungsverfahren. Es ist immer schwierig, wenn ein solcher intensiver Prozess abbricht. Wir haben unsere Rolle zurzeit erst einmal auf Informationen beschränkt, die niedrigste Stufe von Beteiligung, und versuchen, transparent zu kommunizieren, was gerade läuft. Zurzeit ist es im politischen Entscheidungsprozess. Sie diskutieren das. Sie fragten: Was würden wir uns wünschen? – Natürlich würden wir uns einen Beschluss

zu den Bürgerleitlinien wünschen, weil das nach außen auch gegenüber den Bürgern eine harte Relevanz hat und dem Ernstnehmen dieses Verfahrens und der Zeit, die die Leute investiert haben, gerecht werden würde. Auch wenn Sie Detailentscheidungen treffen, dass das die Prämissen sind, das wäre natürlich meine Vorstellung von Dialog auf Augenhöhe. Ich nehme das ernst, was da passiert. Dass das nicht immer allen politischen Zwängen gerecht wird, ist klar, aber dann wäre es fair, so etwas an die Teilnehmer des Dialoges zu kommunizieren, warum, aus welchen Gründen an der Stelle ein Stück weit abgewichen wurde. Das kann auch ein Bürger verstehen. Man muss es aber machen und nicht, dass man über die Zeitung von irgendwelchen Prämissen erfährt, die den ganzen Prozess unterlaufen.

Ganz konkret – Instrumente oder Methoden, was die Repräsentativität angeht –: Man kann auch in einem offenen Verfahren repräsentative Elemente einbauen. Man kann geschlossene Bürgerwerkstätten machen und eine repräsentative Stichprobe aus dem Einwohnermeldeamt ziehen und dann mit ihnen diskutieren. Die Frage ist ein Stück weit auch: Wer kommt denn dort? Ist das dann auch noch repräsentativ? Interessieren sie sich für das Thema? Das vielleicht noch einmal als Denkanstoß. Gleichzeitig machen wir das auch als ein Element im offenen Verfahren. Die Ergebnisse werden dann im öffentlichen Forum wieder zurückgespielt. Eigentlich ist es meistens so, dass die Ergebnisse dann auch nicht so unterschiedlich sind, denn durch diese Offenheit des Verfahrens hat man ein sehr breites Meinungsspektrum, Argumentationen, die dann auch wieder in den kleinen Gruppen kommen. Das ist oft eine kleinere Grundgesamtheit, die dann da diskutiert und vielleicht nicht nur am Thema interessiert ist, aber trotzdem interessante Aspekte einbringt. Solche Verfahren gibt es, ob sie Planungszelle oder repräsentative Bürgerwerkstatt heißen oder wie auch immer.

Da jetzt nicht so viel Zeit ist und gute Formate auch vorbereitet werden müssen, ganz konkret: Ich würde damit anfangen, in den Raum zu gehen, z. B. die zehn Bürgerleitlinien am Ort selber noch einmal kommunizieren, vielleicht sogar in Zusammenarbeit mit Initiativen, Jugendinitiativen vor Ort. Es gibt einen großen Bauzaun. Vielleicht ist der auch eine Bühne, um diese Ergebnisse des Verfahrens in den öffentlichen Raum zu tragen. Ursprünglich war angelehnt, eine Ausstellung am Ort des Geschehens zu machen, und durch diese duale Ausstellung im Abgeordnetenhaus wurden die Mittel dahingehend verwendet. So einfach ist das manchmal. – Es gibt begrenzte finanzielle Ressourcen. Man kann gar nicht so viel machen. Es gibt aber auch Raumrecherchen. Neben dem Rathauskeller gibt es Recherchen zur Bebauung des Fernsehturmsockels, denn das wäre der Ort, wo man sich präsentieren sollte und die Ergebnisse, diese Bürgerleitlinien oder die Geschichte des Ortes dort in einer größeren Ausstellung vielleicht auch zeigen könnte. Meine Empfehlung wäre, jetzt erst einmal in den Raum zu gehen und Ergebnisse zu zeigen, vielleicht auch Geschichte zu zeigen. Die fachlichen Vertiefungsthemen, die auch genannt worden sind, sollte man nicht nur im Fachkreis oder im kleinen Kreis besprechen, sondern man sollte sie gut vorbereiten. Man sollte auch öffentlich diskutieren, was wir von der Geschichte zeigen wollen und in welcher Form. Und man sollte die verkehrlichen Gutachten diskutieren. Es gibt eben Rahmenbedingungen sodass nicht alles an diesem Ort umsetzbar ist. Das noch einmal in einem öffentlichen Forum zu diskutieren, finde ich sinnvoll.

Die Idee des Regionalmanagements ist genau richtig, weil sie Nutzungsanfragen, also die Bespielung dieses öffentlichen Ortes bündeln soll. Es gibt zurzeit keine Stelle, die das bündelt und steuert. Leider dauern die Einrichtung und die Bewilligung von Geldern auch da wieder etwas länger, sodass das nicht jetzt und sofort machbar ist.

Zur Rolle der Dialogbotschafter – ich versuche, darauf auch einmal eine Antwort zu geben –: Ich fände es sehr sinnvoll für das Verfahren, wenn die Dialogbotschafter eine kontinuierliche Rolle hätten. Es muss ein unabhängiges Gremium geben. Es geht auch um das Zusammenspiel der verschiedenen Institutionen. Wie spielen die Geschäftsstelle, das Kuratorium und dieser Rat zusammen? Das muss man sich auch noch einmal überlegen, wie da welche Entscheidungsbefugnisse sind. Aber die Rolle zu verstetigen, fände ich als Ergebnis des Prozesses sehr wertvoll.

Man darf sich nicht dieses Vertrauen verspielen, das man sich gerade aufgebaut hat. Das möchte ich auch noch einmal mitgeben, denn ein Jahr lang ist intensiv, und das war verdammt anstrengend für alle Beteiligten, viel Zeit und Energie reingeflossen. Man darf das nicht so verpuffen lassen.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Herr Richter!

Stefan Richter (Stiftung Zukunft Berlin): Herzlichen Dank! – Ich möchte zu drei Punkten etwas sagen. Das Erste ist das Thema Repräsentativität. Frau Haußdörfer, Herr Prieß und andere hatten es angesprochen. Ich würde davor warnen, in Beteiligungsprozessen eine solche Pseudorepräsentativität zu erzeugen. Es gibt die direkte Demokratie, und es gibt das Parlament, und das finde ich auch ausreichend. Man sollte ganz klar und offen kommunizieren, dass in diesem Beteiligungsprozess zum Schluss das Parlament entscheidet und nicht die Bürgerinnen und Bürger. Die Qualität eines Beteiligungsprozesses machen wir daran fest, inwiefern es gelingt, die unterschiedlichen Belange, die es zur entsprechenden Sachfrage, in diesem Fall zur Stadtmitte, gibt, in den Beteiligungsprozess einzubinden, und da waren die bisherigen Formen nicht ausreichend. Es sind zum Theater und zu den Veranstaltungen Menschen mit bestimmten Belangen gekommen, und andere – das ist auch schon gesagt worden – sind nicht gekommen, das heißt, man muss das organisieren, dass die wichtigen Belange an einem Tisch sind und eine Abwägung untereinander an einem öffentlichen Ort stattfindet, eine Abwägung mit ihnen gemeinsam, mit Politik und Verwaltung, dass sie auch im Original hören, welche Argumente für eine bestimmte Sachfrage und welche dagegen sprechen, und zum Schluss treffen sie die Entscheidung. Daran macht sich die Qualität fest. Ich würde davor warnen, mit pseudorepräsentativen Modulen einen solchen Beteiligungsprozess zu ergänzen. Wir von der Stiftung Zukunft Berlin sind, wie viele von Ihnen wissen, strikt gegen Abstimmungen in Beteiligungsprozessen, weil sie suggerieren, dass Bürger etwas entschieden haben, was das Parlament dann bitte schön auch so zu machen hat. Das halten wir für falsch und würden davor warnen.

Zweiter Punkt: Herr Evers! Frau Kapek! Sie fragten nach einer Wunschliste und wie das nach 2016 weitergehen soll. Die bisher vorliegenden Prozessempfehlungen klingen mir nach klassischem Verwaltungshandeln. Die Verwaltung wird aufgefordert, dieses und jenes zu tun. Das finde ich einen Rückschritt, wenn Sie das beschließen. Deswegen würde ich empfehlen, das nicht zu beschließen, sondern ich glaube, dass in dieser Phase eine kooperative Entscheidungsvorbereitung zu einzelnen Fragen stattfinden kann. Wir befinden uns, das will ich ganz dezidiert sagen, in der Entscheidungsvorbereitung. Frau Kapek! Da bin ich bei Ihnen. Eine Entscheidung werden Sie jetzt nicht mehr fällen – völlig d'accord. Es wird aber fachliche Vertiefungen geben. Ich will das Beispiel Verkehr nennen. Wer stellt die Fragen? Abteilung Verkehr in der Senatsverwaltung? Ich finde das falsch. Die Bürgerinnen und Bürger sollen ihre Argumente und ihre Belange, was das Thema angeht – es geht hauptsächlich um die Ver-

netzung von Stadtquartieren, Aufenthaltsqualität und ökologische Fragen – einbringen, und es sollten Experten, die bisher nicht gehört worden sind, dort unter Beteiligung von Politik und Verwaltung eingebunden werden. Danach sollen, und das ist völlig unstrittig für mich, die politischen Entscheider, in dem Fall die Senatsverwaltung, den Auftrag, die Ausschreibung für die Vertiefung des Themas Verkehr, formulieren. Die Entscheidung liegt ganz klar hier im Haus, aber bei der Entscheidungsvorbereitung ist es sinnvoll, die Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen. Frau Lompscher! Frau Bluhm! Sie haben es gesagt. Wenn keine Angebote kommen und Bürgerinnen und Bürger nicht eins zu eins ihre Bürgerleitlinien in die Debatte einbringen können, finde ich das falsch und eine vergebene Chance.

Ein weiterer Punkt, den Sie anstoßen sollten, ist das Thema Ort der Demokratie. Es ist großer Konsens, dass vor dem Roten Rathaus auch ein Platz der Bürgerinnen und Bürger entstehen soll. Nur wie das genau aussieht, ist für mich eine der schwierigsten Fragen des Prozesses. Wir haben selbst dazu Veranstaltungen gemacht und diskutiert. Wir haben gesehen, wie kompliziert diese Fragestellung ist. Ich bin überzeugt, es muss jetzt darum gehen, sich diesen Raum Step by Step temporär zu erschließen. Ein solches kooperatives Verfahren oder ein Mitte-Rat, wie Herr Kaschuba es formuliert hat, könnte die Zivilgesellschaft aktivieren, sich Gedanken zu machen, wie die Zivilgesellschaft sich diesen Raum erschließt. Ich habe in den Prozessempfehlungen gelesen, dass kein Geld mehr da ist. Die Zivilgesellschaft hat auch Geld. Wenn man den Raum zur Verfügung stellt, das haben andere Räume in der Stadt gezeigt, erschließt sich die Zivilgesellschaft diese Räume. Es wäre ein Signal und ein Auftakt, zu sagen: Wir sind bereit, diesen Raum für Bürgerinnen- und Bürgerinteressen zur Verfügung zu stellen, und jetzt seid ihr dran. Wie stellt ihr euch das vor? Eine solche Debatte in der Zivilgesellschaft anzustoßen, wie das konkret aussehen kann, könnte auch jetzt schon gelingen. Deswegen wäre mein Vorschlag, dass Sie solche kooperativen Formen mit Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zu einzelnen Fragen, zu ersten Stufen der Realisierung, unabhängig von Wahlen, auf den Weg bringen, denn nicht alles muss politisch entschieden werden.

Ein letzter Punkt: Frau Lompscher! Sie hatten gefragt: Steuerung – wie soll das gehen? – Wir sind überzeugt, dass eine gemeinsame Steuerung bei der Entscheidungsvorbereitung – und genau da befinden wir uns – von politischen Verantwortlichen und zivilgesellschaftlichen Vertretern zu besseren Ergebnissen und auch zu weniger Kritik führen wird, sowohl, was die inhaltliche Beeinflussung der entsprechenden Verfahren angeht als auch die Qualität. Sie haben es gesagt: Das letzte Protokoll vom Kuratorium im Internet ist vom letzten Jahr. Diese Veranstaltung heute steht nicht im Internet, sondern es ist noch die Ausstellung unter Aktuelles angekündigt, die im April stattgefunden hat. Es sind Kleinigkeiten, die ich jetzt nenne. Die Liste ist lang. So etwas sollte und darf nicht passieren. Wir wissen das, weil wir solche Prozesse durchgeführt haben. Sie diskutieren im Parlament gerade das Hundegesetz, wo eine solche Steuerung zwischen Zivilgesellschaft und politischen Entscheidern in diesen Bello-Dialog gelungen ist. Wir haben das Forum Stadtspree auf den Weg gebracht, Herr Geisel, mit Ihrem Vorgänger, dem jetzigen Regierenden Bürgermeister, den Bezirksbürgermeistern und zivilgesellschaftlichen Vertretern, wo wir gemeinsam, mit großen Konflikten behaftet, über ein Gebiet diskutiert haben, wo wir erst gestern zum Thema Lärm einen weiteren Schritt gegangen sind, wo es bürgerschaftliche Verabredungen gibt, um dieses Thema in dieser Region zu befrieden. Wir sind davon überzeugt, dass diese Verfahren funktionieren und dass man über diesen Ort, wo wir sagen, der historisch älteste Teil der Stadt soll zum modernsten ent-

wickelt werden, mit modernen innovativen Formen von bürgerschaftlicher Mitverantwortung, dieses Gebiet diskutieren sollte, und dazu gehört für uns unabdingbar eine gemeinsame Steuerung von der politischen Seite und von der Zivilgesellschaft.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank, Herr Richter! – Herr Prof. Dr. Kaschuba!

Prof. Dr. Wolfgang Kaschuba: Ich möchte als Erstes noch einmal wiederholen und nachdrücklich unterstreichen: Wenn Sie den Prozess des Bürgerdialogs nicht weiter als kontinuierlichen Prozess betreiben, verschenken Sie und wir Kapital, das aufgehäuft ist, also Kapital an Wissen, Kapital an Initiative und, was in Berlin noch in einer grandiosen Weise unterschätzt wird vonseiten der Politik, Kapital an Identifikation. Wie sehr jenseits der Stadtgesellschaft das Humboldt-Forum, die Mitte und viele andere Dinge laufen, ist im Grunde genommen ein Skandal, wenn man die Chancen erkennen würde, die darin stecken. Deswegen ist es wichtig, dass dieser Prozess weitergeht und nicht der Eindruck entsteht, es wäre das Übliche, man habe jetzt ein kleines Experiment gemacht, Jugend forscht, was in dem Falle aber eher Alter forscht ist, wenn ich mir die Altersstruktur der Initiativen anschau, und jetzt ist gut, und dann kommt der nächste Wettbewerb. Wir brauchen eine neue Stufe in dem Sinne, dass jetzt andere Formen gewählt werden. Ich gebe dem Senat anheim, zu überlegen: Das ist eine Laborsituation. Das ist ein Experiment möglicherweise nicht nur an einem ganz wichtigen, zentralen Ort für das Gesicht Berlins, sondern ein Experiment für andere Verfahren an anderen Orten in Berlin, und mal nicht hinterherzulaufen, politisch gesprochen, was die Zusammenarbeit von Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft angeht, sondern vorauszugehen, wäre ein ambitioniertes und sportliches, aber sinnvolles Ziel. Das lohnt sich und deswegen der dringende Appell, jetzt neue Formen zu entwickeln, die weiterführen.

Zweiter Punkt: Die Mitte muss mehr werden. Die Debatte um die Mitte muss bedeutsamer werden. Die Entscheidungen müssen klarer werden, aber auch die Bewegung um die Mitte muss mehr werden und nicht am Ende in einem Expertenkreis, einem Politikkreis und einem Anwohnerkreis enden. Wir haben am Beispiel des Tempelhofer Felds sehen können, dass es Sinn macht, nicht nur zu schauen: Wer kommt auf unsere Einladungen? –, sondern: Wer kommt nicht? Wer fehlt da? Wir brauchen gemischte Verfahren, teilweise offene Einladungen und teilweise direkte Zugänge, sonst kommen wir nicht zu der Vielfalt, die wir brauchen. Sie müssen in die Mitte reingehen. Es muss dort einen Ort und eine Agenda geben, die sichtbar sind. Es muss Menschen geben, die das Gefühl haben, das ist jetzt unser Raum. Ob das im Keller des Rathauses ist oder irgendwo anders, ist vielleicht egal, aber es geht um die Möglichkeit der Identifikation mit einem Projekt im Raum, nicht nur in abstrakten Debatten und in den Medien.

Das dritte Stichwort: Auch ich warne trotz heftigster zivilgesellschaftlicher Grundüberzeugungen vor dem Fetisch der Repräsentativität, denn alle unsere bisherigen Untersuchungen zeigen, das können Sie so gar nicht gewinnen. Es ist nicht so klar: Worüber reden wir denn bei einzelnen Dingen? Meinen alle dasselbe, wenn wir darüber abstimmen wollen? An bestimmten Punkten hat die Politik Entscheidungen zu übernehmen und zu übertragen, aber sie muss garantieren, dass sie die Vielfalt und die Differenz der Meinungen gehört hat und auch widerspiegelt und nicht den Eindruck eines Stufenverfahrens erweckt. Die erste Raketenstufe wird gezündet mit großem Brimborium. Wo die Rakete hingehet, das bestimmten dann wir? Ich glaube, da kommen wir in falsches Fahrwasser.

Frau Lompscher fragte: Wie könnte der Mitte-Rat aussehen? – Das könnte so aussehen, dass er möglichst schnell gebildet werden könnte, möglichst nicht riesig sein sollte, sondern auf jeden Fall Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik zusammenbringen sollte, um zu überlegen: Wie können wir konkret in diesem Raum Angebote machen? Noch einmal: Gerade der Mitte-Raum ist keiner, in dem Bürgerdialoge, Bürgermeinungen, Bürgerinteressen einfach vorhanden sind. Dazu ist er teilweise zu luftleer. Wir müssen diejenigen, die in Zukunft dort sein werden, zum Teil auch dahinbringen, und da gibt es natürlich auch sehr viele Sozialbewegungen und Kulturinitiativen und andere mehr, die diesen Raum bespielen sollen, von der Party bis zur Politik. So ist die Stadtgesellschaft in Berlin heute gestrickt. Dieser Mitte-Rat hätte im Grunde genommen die beiden Aufgaben, Initiativen zu entwickeln und Adressat zu sein für andere Initiativen.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Herr Dr. Goebel!

Dr. Benedikt Goebel (Bürgerforum Berlin e. V.): Vor 170 Jahren, in den Achtzehnhundertvierzigerjahren, begann eskalierend und stetig steigernd eine massive, kulturelle und bauliche Abwertung der Berliner Mitte. Die Höhepunkte waren die Zeit nach 1933, die Arisierung und die Abbrüche vor dem Krieg, die Freiwilligenzerstörung, der Zweite Weltkrieg selbst und die Nachkriegszeit, in der das Leitbild des modernen Städtebaus in Ost wie West, in Deutschland und der Welt durchgesetzt wurde. Diese massive, kulturelle und bauliche Abwertung der Berliner Mitte ist heute vollkommen etabliert und durchgesetzt. Sie ist manifest und nahezu unhinterfragt. Sie, die gewählten Vertreter des Landes Berlin, sind vollkommen geprägt von dieser kulturellen und baulichen Abwertung. Sie interessieren sich überhaupt nicht ernsthaft für den letzten vordiktatorischen Zustand, für den letzten demokratischen Zustand vor dem Jahr 1933. Sie wissen darüber auch fast nichts. Das versetzt Sie nicht in die Lage, über diese Fragen, die sich hier stellen, zu befinden. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Frau Lüscher!

Staatssekretärin Regula Lüscher (SenStadtUm): Vielen Dank, sehr verehrter Herr Vorsitzender! – Es gab auch noch konkrete Fragen an den Senat. Ich habe auch noch Fragen an dieses Gremium, was ungewöhnlich ist, aber vielleicht darf ich das hier trotzdem einmal nutzen. – In diesen Anhörungen und Ausschusssitzungen haben wir sehr oft eine sehr intensive Pressebegleitung haben. Das Thema ist wichtig, aber wenn ich das richtig sehe, sind heute sehr wenige Pressevertreter und Pressevertreterinnen da. Das meine ich nicht vorwurfsvoll, aber das zeigt, wie schwer es ist, die Öffentlichkeit und offensichtlich auch die Presse als Multiplikator für Prozesse und Inhalte zu gewinnen, wenn die Kontroversen nicht mehr ganz so heißt sind, wie sie einmal waren. Gerade dieser Annäherungsprozess hat offensichtlich dazu geführt, dass dieses Verfahren nicht mehr so heiß gegessen wird. Das bedauere ich sehr, denn eigentlich geht es jetzt erst ans Eingemachte. Das zeigt aber auch, dass es unglaublich schwierig ist und wahnsinnige Kräfte erfordert, um diesen Prozess am Leben zu erhalten. Ich nehme das sehr ernst. Der Senat nimmt das sehr ernst. Es wäre verschwendete Ressource, wenn wir das nicht tun würden.

Ich muss Ihnen aber auch ganz ehrlich sagen: Wenn das in der gleichen Intensität und noch vertiefter mit Veranstaltungen vor Ort, mit gemieteten Räumen – was ich mir alles wünsche und was sich auch das Kuratorium wünscht, es sind ganz viele Forderungen, die Sie hier richtigerweise darlegen – umgesetzt werden soll, dann brauche ich mindestens zehnmal so viele Ressourcen, wie wir im Moment durch das Parlament beschlossen haben. Da muss man der Realität ins Auge sehen.

Wir haben mit den uns zur Verfügung stehenden Ressourcen, in Abstimmung mit dem Kuratorium versucht, das so zielführend wie möglich einzusetzen, indem wir gesagt haben: Nachdem die Bürgerinnen und Bürger zu Wort kamen, nachdem wir jetzt auch wissen, dass wir einen Zeitraum des Abwartens haben, wie nun das Parlament, die Abgeordneten, diese Empfehlungen aufnehmen. Es wurde richtig gesagt: Die Entscheidungen sind in einer repräsentativen Demokratie, und in der leben wir, hier in diesem Hohen Haus zu treffen, und die Bürgerinnen und Bürger formulieren Empfehlungen, in der Hoffnung, dass diese Empfehlungen in

ihrer Vielfalt gehört und auch ernstgenommen werden. Wenn wir diese Rollenteilung in diesem Verfahren vermitteln könnten, dann haben wir schon wahnsinnig viel erreicht wie selten in einem Bürgerbeteiligungsprozess.

Zur Frage eines kooperativen Gremiums zur Entscheidungsvorbereitung: Meine Frage zurück ist: Was war das Kuratorium anderes? Was ist das Kuratorium anderes? – In diesem Kuratorium sitzen Mitglieder aus ganz unterschiedlichen Interessensgruppen, zum Teil Anrainer, zum Teil Nichtanrainer. Ich lese die Liste jetzt nicht vor. Die Aufgabe und Rolle dieses Kuratoriums ist nach wie vor und war, diesen Prozess zu beobachten. Meine Bitte zurück ist: Wenn Sie feststellen, dass die Steuerung an der einen oder anderen Stelle mangelhaft ist, wenn Sie das Gefühl haben, eine Information fehlt auf unserer Plattform, dann melden Sie uns das doch. Ich habe schlicht und ergreifend zu wenige Ressourcen, denn meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen sich auch anderen Aufgaben zuwenden. Sie haben nicht 100 Prozent ihrer Ressourcen zur Verfügung, um permanent an diesem Prozess zu sein. Ich bin offen dafür. Ich bin natürlich bereit, jede Information weiterzugeben. Ich bin auch dankbar dafür, wenn die Kuratoriumsmitglieder ihre Controlling-Funktion auch wirklich ernst nehmen und uns zurückspiegeln. Darum gibt es dieses Kuratorium, weil wir als Verwaltung unsere Ohren nicht an jeder Stelle, an jedem Ort in dieser Stadt haben können. Es könnte so sein, dass dieses Kuratorium weiterhin Instrument eines solchen kooperativen Gremiums sein kann. Nichtsdestotrotz war die Kritik an der Zusammenstellung dieses Kuratoriums – Sie mögen sich alle erinnern – riesig. Das Problem ist, diejenigen, die nicht im Bürgerrat sind, sind ausgeschlossen, und das ist eine Grundthematik, die wir nicht vom Tisch bekommen werden.

Öffentliche Orte vor Ort: Der Keller im Rathaus wird im Moment als möglicher Zugang für diese archäologischen Grabungen untersucht. Wir arbeiten an dem archäologischen Fenster. Dieser Zugang ist technisch nicht ganz so einfach. Wir möchten das sauber planen. Wir möchten keine Überraschungen erleben, wenn es dann an die bauliche Umsetzung geht. So gesehen haben wir bereits halbwegs den Fuß im Roten Rathaus im Sinne dessen, dass die Senatskanzlei sicher auch offen dafür ist. Es könnte also etwas werden. Vielleicht wird dieser öffentliche Ort aber auch ganz woanders sein. Zebralog ist beauftragt, diese Raumrecherche zu betreiben.

Parallel zur Vorbereitung der drei Untersuchungsthemen, die wir uns vorgenommen haben, Geschichte, Verkehr und Klima, komme ich jetzt auch zur Frage: Wie sieht es mit der Grunerstraße und Spandauer Straße mit möglichen Konflikten, Dilemmata aus? Stadtplanung ist immer voller Dilemmata, das wissen wir. Ziel soll sein, gerade bei dieser Verkehrsuntersuchung, nochmals die Rahmenbedingungen klar zusammenzustellen, um sie dann auch wiederum zurück an die Bürgerinnen und Bürger kommunizieren zu können, die Vorstellungen und Hoffnungen haben, wenn sie sagen: Wir wollen diesen Ort besser vernetzen. Man muss aber auch sehen, welche komplexen Zusammenhänge gerade der Verkehr im Gesamtsystem hat. Spätestens dann werden wir auch über den Raum Rathausforum hinausdenken.

Ich behaupte aber, dass wir dies auch getan haben, als wir vorübergehend das Verfahren zum Alexanderplatz vom Rathausforum losgelöst haben. Wir haben es immer mit den sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen begründet, das eine ergebnisoffen, das andere nicht. Das wurde auch schon von einigen Mitgliedern in diesem Ausschuss reflektiert. Tatsache ist aber, dass die Idee des Regionalmanagements aus dem Verfahren Alexanderplatz kommt und dass wir natürlich sofort gesagt haben: Wenn dieses Regionalmanagement eingerichtet wird – An-

stoß war der Senat, umsetzen muss es der Bezirk, weil der Senat solche Fördermittel nicht generieren kann –, dann soll selbstverständlich dieses Regionalmanagement über mindestens diese beiden Räume erfolgen. Unser Ziel ist es, diese beiden Räume zusammenzudenken plus Molkenmarkt, plus die umgebenden Quartiere, die weiter verdichtet werden.

Spätestens bei der Untersuchung zum Stadtklima kann man das ohne die Nachbarquartiere auch bei der Vernetzungsfrage und der Frage zur Geschichte nicht tun. Das ist unser Ziel. Das ist auch das Ziel dieser Untersuchung, die wir führen. Da ist Facharbeit gefordert. Zum Teil kann man das nicht zu jeder Minute öffentlich machen. Wir haben aber bereits ein Konzept im Kuratorium vorbesprochen, dass wir diese Erarbeitung von weiteren Inhalten natürlich auch öffentlich diskutieren wollen. Wir haben uns in der letzten Kuratoriumssitzung darauf verständigt, dass wir erst einmal einen detaillierteren Vorschlag machen, in welche Richtung diese Untersuchung inhaltlich gehen soll. Das soll dann das Kuratorium kritisch betrachten, und wenn diese Inhaltszulieferung klarer ist, kann das Kuratorium auch viel besser entscheiden, in welcher Form man die öffentliche Veranstaltung machen soll. So arbeiten wir mit dem Kuratorium zusammen, und das soll auch in Zukunft weiter so geschehen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Frau Kapek zu einer ganz kurzen Wortmeldung!

Antje Kapek (GRÜNE): Es wurde von mehreren Anzuhörenden darauf hingewiesen, dass wir entscheiden müssen. Recht haben Sie! Wir müssen entscheiden, und genau darum geht es mir. Ich will jetzt keine Diskussion über Wochen und Monate darüber führen, ob es das Stufenmodell, der Mitte-Rat oder irgendetwas anderes wird, sondern ich will, dass wir erst einmal festhalten, wo wir stehen. Der erste Schritt ist die Bestandssicherung, und die müssen wir als Abgeordnete leisten. Das heißt, dass ich in zwei Wochen einen Beschluss sowohl über Prozessempfehlungen als auch über die Leitlinien haben will. Das scheint vielleicht selbstverständlich zu klingen, ist es aber nicht. Dafür müssen wir in diesem Saal erst einmal eine Mehrheit gewinnen. Meine Fraktion möchte beides nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern beidem zustimmen. Über die Prozessempfehlungen können wir dann in den kommenden zwei Wochen gerne auch noch diskutieren. Es gibt sehr wohl die Möglichkeit, noch Änderungen vorzunehmen. Wir werden – das kündige ich hiermit an – einen Änderungsantrag einreichen. Lassen Sie uns dann die Zeit nutzen und gemeinsam überlegen, was man da vielleicht noch hinein formulieren muss. Im Moment steht schon der Passus „Bürgerbeteiligung“ drin. Vielleicht muss man den „Raum“ noch mit aufnehmen. Da findet sich sicherlich eine Formulierung. – Aber ganz ehrlich: Ich stehe dazu. Es geht um die Beauftragung der Verwaltung. Ich will die aber auch. Das ist meine Entscheidung als Abgeordnete, dass wir neben all den Prozessen im Dialog auch ganz klare Untersuchungen der Verwaltung brauchen. Der Hinweis zu der Fragestellung war ein richtiger. Das sind z. B. Punkte, über die wir im Zusammenhang mit der Formulierung der Prozessempfehlung noch sprechen können. Ich sage Ihnen aber auch eines ganz klar: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Ich als Vorsitzende meiner Fraktion kann Ihnen ganz klar sagen: Wir werden an diesem Prozess weiter festhalten. Wir wollen genau auf dieses Potenzial, das wir in Bezug auf Identifikation usw. haben, weiter setzen. Wir bekennen uns ganz klar zu einer Fortführung des Prozesses. Wie wir das dann machen und mit welchem Modell, darüber haben wir noch Gesprächsbedarf.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. – Möchte jemand von Ihnen noch etwas zu den Bemerkungen von Frau Lüscher ergänzen? – Frau Riedel!

Daniela Riedel (ZebraLog GmbH & Co.KG): Es gab noch die Frage nach dem Protokoll. – Das liegt daran, dass die Kuratoriumssitzungen nicht mehr so oft stattfinden, dass es Anmerkungen zum Protokoll der letzten Sitzung gab, und die wurden auf der letzten Sitzung noch einmal besprochen. Jetzt ist es eingearbeitet und wird nach Freigabe durch die Senatsverwaltung auch veröffentlicht.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Herr Richter!

Stefan Richter (Stiftung Zukunft Berlin): Dazu muss ich etwas richtigstellen: Das letzte Protokoll lag im Entwurf nach fast zwei Monaten vor. Wir haben das im Kuratorium schon im letzten Jahr, schon zu Beginn mehrfach bemängelt, dass die Protokolle extrem spät vorliegen. Es tut mir leid, das ist ein Verfahren, das nicht akzeptabel ist. Und dass sich das Büro hier noch rechtfertigt, zeigt in meinen Augen, dass es nicht geeignet ist, einen Prozess zu führen.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Herr Goebel!

Dr. Benedikt Goebel (Bürgerforum Berlin e. V.): Ich möchte auch noch etwas ergänzen. Frau Lüscher hat es so dargestellt, als wäre dieses von der Stiftung Zukunft, dem Bürgerforum und Herrn Kaschuba angeregte Forum Mitte, ein Bürgerforum mit Beteiligung der Politik und Verwaltung, weitestgehend das Kuratorium. Das ist falsch. Das Kuratorium ist ein Beteiligungsgremium für diesen Prozess aus formeller Sicht gewesen. Im Kuratorium und den vielen Sitzungen ist kein einziges inhaltliches Wort gefallen. Im Kuratorium wurde kein einziges Mal zu keinem der vielen Aspekte inhaltlich gesprochen, und darum soll es aber in dem Forum Mitte gehen, für das wir uns gemeinsam einsetzen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Herr Kaschuba!

Prof. Dr. Wolfgang Kaschuba: Dann sage ich auch noch einmal einen Satz. Wenn ich von Mitte-Rat gesprochen habe, habe ich mir genau das Gegenteil von dem vorgestellt, was wir jetzt zum Teil oder im Kuratorium haben: nicht groß, sondern klein, nicht protokollbehaftet, sondern entscheidungsfreudig. Auch dieses ist kein Ausschuss, der über den Einzug ins Paradies entscheiden würde oder nicht, sondern eine Geschäftsführung eines Raumes, die notwendig wäre. Das wäre mein kleines, aber feines utopisches Modell für die Mitte. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Dann darf ich mich bei Ihnen als Anzuhörende bedanken, dass Sie hier waren, dass Sie Ihre Anregungen weitergegeben haben und den Fragen der Abgeordneten zur Verfügung gestanden haben.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 17/2841
**Bahnflächen für verkehrliche Nutzungen sichern
und freigestellte Bahnflächen für eine soziale und
ökologische Stadtentwicklung nutzen**

[0303](#)
StadtUm
Haupt

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/1994
**Berlin braucht eine/n Beauftragte/n für Urban
Gardening**

[0222](#)
StadtUm

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.